Nr. 93. Halle (Saale), Dienstag, den 22. April 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Bestellung ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.
Verlag u. Buchdruckerei: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1616.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1048. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Die Friedens„verhandlungen" beginnen.

Einladung nach Versailles.

Berlin, 21. April. (W. T. B.) Anschließend an das deutsche Telegramm vom 19. April übergab General Nudant gestern in Spaa die Antwort der verbündeten assoziierten Regierungen, worin die Entsendung von Bevollmächtigten nach Versailles gefordert wird, die ebenso ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die alliierten assoziierten Vertreter. Hierauf antwortete Reichsminister des Aeußern: Die deutsche Regierung werde nunmehr in Voraussetzung, daß im Anschluß an die Uebergabe des Entwurfs der Friedensbedingungen Verhandlungen über den Inhalt beabsichtigt werden, als Delegierte die Reichsminister Graf Brockdorff, Landsberg, Giesberts, Präsident Leinert, Dr. Melchior, Professor Schücking entsenden, wenn Bewegungsfreiheit, sowie freier Drahtverkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werde.

Zu dem Notenwechsel über die Entsendung der Unterhändler bemerkt die Deutsche Allg. Ztg., daß die erste Abteilung der deutschen Delegierten, der sich voraussichtlich 5—7 Pressevertreter anschließen werden, nicht abfahren soll, bevor Clemenceau sich zu der deutschen Antwortnote geäußert hat. Erfolge eine zustimmende Antwort, dann könnte die deutsche Friedensabordnung vielleicht am 28. April abreisen, also frühestens am 1. Mai die in Paris aufgesetzten Friedensbedingungen in Empfang nehmen. Vor dem 2. Mai könnte man also in Berlin keinesfalls Kenntnis von dem Inhalt der feindlichen Vorschläge haben.

Die Berliner Volkszeitung schreibt zu der Meldung, daß Leinert an Stelle von Adolf Müller als Mitglied der Friedensdelegation bestimmt sei:

„Uns lag diese Meldung schon am Donnerstag abend vor. Wir hielten sie für einen Aprilscherz, da wir uns nicht denken konnten, daß die Regierung auf der Suche nach einem Sozialisten für die Friedensdelegation an Karl Kautsky oder Eduard Bernstein vorübergehen würde. Da die Nachricht amtlich bestätigt wird, müssen wir, wohl oder übel, an ihre Richtigkeit glauben."

Bern, 21. April. Ein französisch-englisch-amerikanisches Bündnis? Die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune meldet: Wilson und England hätten Frankreich die sofortige militärische Unterstützung im Falle eines deutschen Angriffes zugesagt. Die übliche Prozedur des Völkerbundes in Gestalt einer vorherigen Untersuchung über den Angriff soll in diesem Falle nicht funktionieren. — Der Pariser Korrespondent der N. Zürcher Ztg. teilt hierzu ergänzend mit, in Paris gehen aus diesem Grunde bereits Gerüchte über ein Defensivbündnis zwischen Frankreich, England und Amerika um.

Maiaufruf an die Internationale.

Stockholmer Socialdemokraten veröffentlicht einen Aufruf, den die Kommission bei der Berner Konferenz zum 1. Mai an die Arbeiter der ganzen Welt richtet und der die Forderungen der Internationale zusammenfaßt. Darin heißt es:

Private Interessen verschwören sich mit dem Militarismus, um einen kapitalistischen Frieden zustandezubringen und durch Aufrechterhaltung des internationalen Mißtrauens und der internationalen Ungerechtigkeit die alte Ordnung mit stehenden Heeren, gewaltigen Rüstungen und Krieg beibehalten zu können. Diese Politik müssen die Arbeiter bekämpfen. Die Regierungen, die vom Kriege nichts gelernt haben, erstreben eine heilige Allianz. Wir dagegen arbeiten für den Völkerbund, der auf dem Gedanken der Brüderschaft fußt. Wir bestreiten jedem Sieger das Recht, den Nationalitäten ein neues Joch aufzuerlegen. Wir proklamieren das Selbstbestimmungsrecht als unveräußerlich. Wir widersetzen uns allen Annektionen, welche die Freiheit der Völker vergewaltigen. Dem Kriege muß eine umfassende Enteignung der großen Kriegsvermögen folgen, damit das Nationalvermögen, das jetzt in den Händen des privaten Kapitalismus ist, für nationale Zwecke verwendet werden kann. Der Aufruf ist unterzeichnet von Branting und Hansmann.

Neuer Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Breslau, 20. April. (W. T. B.) In Beuthen dauert der Ausstand auf den Gruben Kleophas, Wolffgang und Graf Franz fort. In einer am Zechenhause in Zaborze stattgefundenen Besprechung der gesamten Belegschaft der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Königin-Luise-Grube wurde beschlossen, wegen der Verhaftung von 400 Bergleuten im Ruhrrevier als Protest in den Ausstand zu treten, falls die sofortige Freilassung der Verhafteten nicht erfolgt. Der Sympathiestreik wird eventuell auf sämtliche oberschlesische Gruben ausgedehnt werden. Die Regierung ist telegraphisch von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden.

Der Streik im Ruhrrevier.

Essen, 20. April. In der heutigen Frühschicht betrug die Zahl der Ausständigen 100 384; mithin ein Rückgang der Streikziffer um 7600. Voll gearbeitet wird auf 72 Schachtanlagen gegen 59 am Donnerstag. Die Gesamtzahl der ausständigen Belegschaften stellte sich in den drei Schichten am Donnerstag auf 216 437 gegen 232 769 am Mittwoch.

Ein von der Regierung „gebilligter" Streik.

Bremen, 21. April. Borsmanns Telegraphen-Bureau meldet, daß der unter Billigung der Regierung angeordnete Abwehrstreik gegenüber dem radikalen Streik der Arbeiterschaft „mit aller Energie" durchgeführt wird. Alle Geschäfte, Wirtschaften und Vergnügungslokale sind geschlossen. Die Banken, Werften und großindustriellen Betriebe haben sich geschlossen für den Abwehrstreik erklärt. Auch der Eisenbahnverkehr ruht bis auf den Durchgangsverkehr. Das Erscheinen der Zeitungen ist verboten.

Die Regierung von Maerckers Gnaden.

Braunschweig, 20. April. (Amtlich.) Die vorläufige Braunschweigische Regierung, die die Geschäfte des Landes bis zum Wiederzusammentritt des Landtages am 24. April führt, besteht aus folgenden Mitgliedern: Antrick (Mehrh. Soz.), Finanzpräsident Bartels, Gustav Gerike (U. Soz.), Dr. Jasper (Mehrh. Soz.), August Junke (Unabh.), Scheiz (Mehrh. Soz.) und Steinbrecher (Mehrh. Soz.). Den Vorsitz führt Dr. Jasper.

Die Nachricht von der Festnahme des Expräsidenten Merges bestätigt sich nicht. Es hat sich herausgestellt, daß eine Namensverwechslung vorliegt.

Der Kampf um München.

Nach verschiedenen amtlichen Meldungen sind die „militärischen Vorbereitungen" gegen München im großen und ganzen als beendet anzusehen. Bevor zu einem entscheidenden Schlage gegen München geschritten werden konnte, mußten die Angriffstruppen sich die „Rückenfreiheit" sichern.

Vermittlungsversuch der Augsburger Sozialdemokratie.

Augsburg, 19. April. (W. T. B.) Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat richtete an die gesamte Bevölkerung folgenden Aufruf:

Die Ereignisse der letzten Tage haben große Erregung in der hiesigen Einwohnerschaft hervorgerufen. Die wildesten Gerüchte durchschwirren die Luft. Die Bewaffnung der Augsburger Arbeiterschaft findet nur zu dem Zweck der Verteidigung statt; nur an zuverlässige Leute werden Waffen abgegeben. Die Stadtkommandantur und die beiden sozialdemokratischen Parteien haben an die Regierung in Bamberg und den Aktionsausschuß in München Telegramme zum Zwecke der Einleitung von Einigungsverhandlungen gerichtet. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Arbeiter! Bürger! Soldaten! Besonnenheit ist dringend erforderlich. Auf uns allen ruht schwere Verantwortung, tue jeder das Seinige, um Blutvergießen zu vermeiden.

Münchens Belagerung.

Augsburg, 21. April. München soll nunmehr durch ein sehr großes Aufgebot von Regierungstruppen hermetisch abgeschlossen sein. Die Umgingelung ist so eng und derart streng durchgeführt, daß der Sturz der Räterepublik in allerkürzester Zeit unbedingt erfolgen muß. Jede Zufuhr von Lebensmitteln ist völlig abgeschnitten. Man erwartet, daß die Uebergabe Münchens seitens der Spartakisten spätestens am Mittwoch erfolgen wird. Heftige Kämpfe dauern in und um München ohne Unterbrechung an.

Augsburg von Regierungstruppen besetzt.

Augsburg, 21. April. (W. T. B.) Größere gemischte bayrische und württembergische Truppenverbände haben am ersten Osterfeiertag früh die Stadt Augsburg besetzt. Infolge des Widerstandes der Kommunistenanhänger kam es zu Straßenkämpfen, bei denen es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Tote und Verwundete gab. Ueber Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt.

Von dem Führer der Regierungstruppen erhält W. T. B. über die Beweggründe des Einmarsches einen Bericht, in dem es heißt: Für das Vorgehen gegen München ist es notwendig, daß die rückwärtigen Verbindungen über Augsburg, insbesondere die Eisenbahnverbindung, unbedingt gesichert bleiben. Der Regierung ist es nicht gelungen, dieses Ziel durch politische Vereinbarungen zu erreichen. Sie war daher gezwungen, zu militärischen Mitteln zu greifen. Der Kommandant der Regierungstruppen erhielt den Auftrag, Augsburg am 20. April, morgens, durch Ueberraschung in Besitz zu nehmen. Schließlich wurden von dem Augsburger Kommandanten folgende Bedingungen angenommen: Unbedingte Anerkennung der Regierung Hoffmann, Abgabe sämtlicher Waffen, Auslieferung der Rädelsführer, Besetzung der Stadt durch die Regierungstruppen, Bildung einer Volkswehr in Augsburg, bestehend aus allen Berufen und Ständen.

Dernburg — Reichsfinanzminister.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Der Reichspräsident hat heute abend die Ernennung von Exzellenz Dernburg zum Reichsminister der Finanzen vollzogen. Reichsminister Dernburg wird gleichzeitig das Amt eines Vizepräsidenten des Reichsministeriums übernehmen.

Der 1. Mai in Paris — „Siegestag". Paris, 21. April (Havas.) Der Gemeinderat der Stadt Paris nahm angesichts des Sieges der Alliierten den 1. Mai als Feiertag an.

Diktatur!

Rätesystem, Diktatur des Proletariats u. Sozialismus.

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung ist in die entscheidende Phase getreten, in der sich unter den heftigsten Erschütterungen der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Die sich mehr und mehr zuspitzenden Gegensätze drängen unabweisbar zur Entscheidung. Das revolutionäre Proletariat bietet alle Kräfte und Mittel auf, es bringt neue Formen und Waffen in dem politischen Befreiungskampf zur Anwendung, um sich den Endsieg zu sichern.

Das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats, auf dem Parteitag der U. S. P. D. zum Programmsatz der Partei erhoben, sind die neuen Formen und Waffen des proletarischen Klassenkampfes; nicht aus künstlich erzeugtem Wortradikalismus entstanden, sondern aus den brennenden Tagesfragen als das Gebot der Stunde. Das Schwergewicht liegt zwiefellos auf der Diktatur des Proletariats, während das Rätesystem lediglich ein Mittel zur Erreichung und Festigung dieses Ziels ist.

Versuchen wir uns klarzumachen, was unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen ist. Hat die U. S. P. D. mit dieser Beschlußfassung den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus verlassen? Die Verteidiger des Kapitals und die rechtssozialistischen Abtrünnigen lassen natürlich kein Mittel unversucht, uns mit dem Bolschewismus und Anarchismus in einen Topf zu werfen. Die Verdrehungskünste der Rechtssozialisten beweisen nur, wie weit sie sich von den wahren sozialistischen Grundsätzen schon entfernt haben. Denn die Diktatur des Proletariats ist eine alte Forderung des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, zu der sich dessen Begründer, Marx und Engels, oft und nachdrücklich bekannten.

Die darob etwa entstehende Verwunderung oder Ablehnung die der proletarischen Diktatur in den sozialistischen Reihen begegnen könnte, erklärt sich aus dem Mangel an eingehender Beschäftigung mit den grundsätzlichen und entscheidenden Fragen, die der Kampf gegen den Kapitalismus unverrückbar aufrichtet; ebenso wie auf internationaler Grundlage die Niederringung des Imperialismus nicht ernstlich angestrebt wurde, vermied man es innerpolitisch, in seiner ganzen Tiefe und Tragweite das Problem aufzurollen: Wie ist die Eroberung und Erhaltung der politischen Macht möglich?

Was die sozialdemokratische Partei seit dem Fall des Sozialistengesetzes, seit dem Erfurter Programm theoretisch und praktisch leistete, war allzu sehr auf eine lange reformerische Gegenwartsarbeit eingestellt, trug von Anfang an in sich die Keime der wetterwendischen politischen Rechnungsträgerin, deren Weizen heute blüht; es trug nicht dazu bei, Klarheit in die Masse zu bringen über die Kernfrage der letzten Machteroberung, sondern man bemühte sich redlich, um den springenden Punkt herumzureden. Alles, was in der Kriegszeit und während der Revolution an sozialistischen Irrungen und an offenem Verrat geleistet worden ist, hat seine eigentliche Ursache in dem Verhalten der Partei seit dem letzten Vierteljahrhundert. —

Marx und Engels haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß der letzte große Waffengang zwischen Bourgeoisie und Proletariat enden muß mit der Diktatur des Proletariats, einer Diktatur freilich, die von der des bürgerlichen Klassenstaates sich darin unterscheidet, daß sie als bewußter Willensausdruck der großen Masse die wirkliche Demokratie verkörpert. Waren alle bisherigen Bewegungen solche von Minderheiten oder zum Nutzen von Minderheiten, so ist die proletarische Bewegung, die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl zum Vorteile der ungeheuren Mehrzahl. Mit diesem Satz stehen wir schon mitten im Kommunistischen Manifest, worin unsere Altmeister tiefste Wissenschaftlichkeit mit revolutionärer Tatbereitschaft verbanden; dessen politische Grundgedanken heute so wahr sind wie am Tage ihrer Niederschrift; Marx und Engels ziehen die letzten Schlüsse aus dem weltgeschichtlichen Ringen zwischen der niedergehenden und der aufsteigenden Klasse:

„Wir sehen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiter-Revolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln, also, die ökonomisch ungenügend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind."

Hier haben wir klipp und klar das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, sowie die Enthüllung ihres umgestaltenden Wesens, das auf Grund des Mehrheitswillens unabänderlich in unverfälschte Demokratie, und zu diesem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190422-18/fragment/page=0001

Grundsatz haben sich Marx und Engels bei jeder späteren passenden Gelegenheit bekannt.

Die Pariser Kommune von 1871 war trotz aller Mängel die praktische Ausführung der proletarischen Diktatur. In seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" hat Marx die Bewegungen und Gesetze der Kommune gegliedert: „Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Ergebnis des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse; die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte." Die proletarische Regierung ist also „die endlich entdeckte politische Form" zur wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse.

Rühmlich bekannt ist die scharfe Kritik, die Marx und Engels an den Halbheiten des Gothaer Einigungsprogramms übten, beide benutzten die sich bietende Gelegenheit, die Grundformen klozzulegen, die der proletarische Klassenkampf in der Entscheidungsperiode annehmen muß. Marx schreibt u. a. an Bracke:

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Und in seinem Brief an Bebel führt Engels aus:

„Solange das Proletariat (nachdem es die politische Macht erobert hat) den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern zur Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen."

An der klaren Fassung dieser Sätze prallt jede Umdeutungskunst ab; sie sind geschrieben zu dem Zwecke, daß um jene Zeit von kleinbürgerlichem Geist erfüllte Programm der deutschen Sozialdemokratie wieder mit dem revolutionären Sozialismus zu erfüllen.

Engels hat sich noch einmal gelegentlich des Entwurfs zum Erfurter Programm zu der Frage geäußert; er übt herbe Kritik an dem damals schon beginnenden Opportunismus, wendet sich scharf gegen die verwirrende Selbsttäuschungspolitik und fährt dann fort:

„Das Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Herrschaft der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat."

Die demokratische Republik ist also ein Durchgangspunkt auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats. Denn die demokratische Republik, die das ausbeuterische Klassenverhältnis nicht antastet, treibt kraft ihrer inneren Wechselwirkung zu der höchsten und letzten Stufe des Klassenkampfes. Hätte Engels die demokratische Republik als die gegebene Form zur Verwirklichung des Sozialismus angesehen, so wäre die folgende Wendung: Diktatur des Proletariats ganz sinnlos.

Es stimmt ja auch mit allen früheren Aeußerungen von Engels und Marx überein, daß zwischen der demokratischen Republik, d. h. der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und dem Sozialismus die Zeit der revolutionären Umwälzung, die Diktatur des Proletariats liegt.

Die notwendigen Grenzen des demokratischen Parlamentarismus haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus wohl erkannt und aufgedeckt; Marx kennzeichnet ihn in seinem Bürgerkrieg in Frankreich als die famose Einrichtung, die den geknechteten Massen in bestimmten Zeitabständen Gelegenheit gibt zu entscheiden, welche Vertreter der herrschenden Klasse sie vertreten sollen, und Engels bezeichnet das allgemeine Wahlrecht als den Gradmesser für die Reife des Proletariats. Mehr kann und wird es im heutigen Staat in der Tat nicht sein.

Der tragische Verlauf der deutschen Revolution hat die Richtigkeit dieser Ansichten vollauf bestätigt. Die Nationalkomödie zu Weimar hat die Revolution bewußt zerrieten. Aus dem klaffenden Widerspruch zwischen „demokratisch"-kapitalistischer Reaktion und proletarisch-sozialistischem Wollen ist die revolutionäre Losung: Diktatur des Proletariats entsprungen. In diesem Zeichen, mit dieser Waffe aus der Rüstkammer des wissenschaftlichen Sozialismus wird die geschlossene proletarische Kampffront alle Zwingburgen des Kapitalismus stürmen!

Ernährungsfragen im Preußenparlament.

Die Freigabe der Eier für den Handel hat geradezu verhängnisvolle Wirkungen zur Folge gehabt. Die Konsumenten sind die Leidtragenden. Neben dem Verschwinden der Eier ist eine ungeheuerliche Preissteigerung zu beobachten. Für minderbemittelte Kranke, Witwen und Waisen wird es kaum noch möglich sein, überhaupt noch ein Ei zu erlangen. Diese Wirkung der Verfügung des Reichsernährungsministers ist den Aposteln des freien Handels bekannt, aber sie sind bestrebt, zu vertuschen und zu beschönigen. Nach wie vor fordern sie den weiteren Abbau der sogenannten Zwangswirtschaft.

Eine Anzahl Anträge der bürgerlichen Parteien, die nach dieser Richtung hinzielen, befindet sich jetzt in der Preußischen Landesversammlung in Kommissionsberatung. Sie sollen im Mai dem Plenum zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Inzwischen ist von der Fraktion der Unabh. Soz. ein Antrag eingebracht worden, der von der Regierung fordert, daß sie dahin wirken möge, die vom 1. April ab aufgehobene Zwangsbewirtschaftung der Eier wieder einzuführen und eine gründliche Erfassung und Rationierung unserer wichtigsten Lebensmittel zu veranlassen. Die Haltung des Reichsernährungsministers gibt zu ernsten Bedenken Anlaß, denn die Händler und Lebensmittelproduzenten wittern Morgenluft und erwarten von der Regierung, daß der Freigabe des Handels mit Eiern nun auch die Erfüllung der bekannten anderen Wünsche der Spekulanten erfolge. Die bürgerlichen Parteien haben sich diese Wünsche zu eigen gemacht und ihre Vertreter im Preußenparlament entwickeln eine emsige Tätigkeit, um die Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter durchzusetzen.

Diese öffentliche Bewirtschaftung ist gewiß kein sozialistisches Ideal. Sie war ein Kriegssatzbehelf und ihre Mängel entspringen den dunkelsten Schattenseiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Obwohl sie den Konsumenten nur etwa zwei Fünftel dessen gab, was der Mensch zum Leben braucht, so sicherte sie immerhin den Aermsten der Armen ein Minimum an Lebensmitteln zu Preisen, die dem sogenannten freien Handel stets ein Dorn im Auge waren. Und darum wird die Unabhängige Fraktion der Preußischen Landesversammlung nicht müde werden, die Interessen der ärmsten Konsumenten wahrzunehmen und den Sachwaltern der Schieber und Wucherer im Lager der bürgerlichen Parteien die Maske herunterzureißen. Das sind nämlich dieselben Klopfechter des Kapitalismus, die heute über die angebliche Arbeitsunlust des Proletariats schreien. Soweit Arbeitsunlust tatsächlich besteht, ist sie nicht zuletzt eine Folge der traurigen Ernährungsverhältnisse, die zu verbessern Aufgabe nicht nur eines jeden sozialistischen, sondern auch bürgerlichen Politikers sein sollte.

Doch an ihren Taten sollt ihr sie erkennen, und die Art der Behandlung der Ernährungsfragen im Preußen-Parlament hat bisher erneut bewiesen, daß die Interessen der Aermsten der Armen am entschiedensten verfochten werden von den konsequenten Vertretern des Sozialismus, und zwar entschiedener, wie es dieser „halbsozialistischen" Koalitionsregierung lieb ist. Die Schwäche dieser Regierung auch in der Ernährungspolitik wurzelt eben in dieser zermürbenden und entwürdigenden Koalition.

Wer zahlt die Roskegarden?

Der jetzt in Leipzig erscheinenden Roten Fahne ist ein überaus wichtiges und bedeutsames Schriftstück zugeflogen: ein Brief an den Stab des Freiwilligen Landesjäger-Korps in Weimar. Der Brief, schreibt die Rote Fahne, nimmt den letzten Schleier von allen Motiven der Ebert-Scheidemann-Noske. Jetzt weiß der deutsche Proletarier .... für wen, auf wessen Geheiß seine Brüder gestorben sind und sterben. Jetzt wissen auch die Freiwilligen-Verbände, die Soldaten unter ihnen, selber, wofür sie kämpfen, für wessen Interesse man zu töten ihnen befiehlt.

Der Brief ist geschrieben vom Leiter der Hauptmeldestelle des Freiwilligen Landesjäger-Korps in Steglitz ... Er gibt einen Einblick in die Organisation der Freiwilligen-Truppen selber: wie sie bezahlt werden, wie sie Schlachtefest (!) halten — es gibt noch Schlachtefeste in Deutschland — wie sie bearbeitet, wie sie aufsetzt, wie sie bespitzelt werden, um das zu bleiben, wofür der Kapitalismus sie geworben hat: ein gefügiges Mordwerkzeug gegen das Proletariat.

Das alles ist jetzt klargestellt. Der Brief spricht für sich selber. Wir entnehmen ihm die folgenden wichtigsten Stellen:

„Geheim.

An den Stab des Freiwilligen Landesjäger-Korps.

Weimar.

Von seiten einer Vereinigung der Industriellen Deutschlands ist eine große Sammlung veranstaltet worden zu dem Zweck, die Stimmung in den Freiwilligen-Verbänden durch Lebensmittelzuschüsse zu heben. Diese Lebensmittel sollen sich die einzelnen Verbände selbst beschaffen.

Es werden ausgesetzt: pro Kopf und Woche etwa 20 Mark. Es sind umgehend genaue Stärkenachweisungen einzureichen, die von uns dann dem Korps Lüttwitz übermittelt werden. Die erste Rate von 100 000 Mark ist uns bereits übergeben worden, und bitte ich um Anweisung, an welche Bank und auf welches Konto ich den Betrag überweisen soll.

Von dieser Spende sollen außer dem Herrn General, dem ersten Generalstabsoffizier, dem Intendanten und mir niemand etwas wissen, da es wünschenswert erscheint, daß die Herkunft dieser Mittel nicht falschen Vermutungen Tür und Tor öffnet. Die Auszahl der nächsten Rate und jeder weiteren wird jeweils am Sonnabend stattfinden.

Ich möchte noch einmal wiederholen, daß dieses Geld lediglich für Essen, Trinken und Rauchen Verwendung finden soll, wobei daran gedacht werden soll, daß Bierabende veranstaltet werden, bei denen auch die Angehörigen mitgebracht werden sollen. Derartige Bierabende ließen sich zur Verabreichung von besonderen Lebensmitteln wie Schlachtefesten usw. als besonders bewährte Einrichtung und als Fest für die Leute gestalten.

Die bisher dem Propagandafonds gegebenen Mittel sollen auch weiterhin gewährt werden, jedoch in wesentlich verringertem Maße, so daß also auf diesem Gebiete eine größere Sparsamkeit eintreten müßte.

Es wird gewünscht, daß der Stimmung der Truppen durch Propagandamachen gehoben werden soll. Die Propaganda- und Werbe-Offiziere sollen sich künftig regelmäßig am Sonnabend auf dem Generalkommando Lüttwitz einfinden, um in gemeinsamen Besprechungen die Ausführung des Gewünschten beizusprechen.

Bei den zu veranstaltenden Bierabenden wird ausdrücklich gewünscht, daß den Leuten Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird, und daß die Offiziere an diesen Abenden teilnehmen und dabei zu Aussprachen Gelegenheit geben. Wenn Vorträge angesetzt sind, so soll unter keinen Umständen den Teilnehmern durch Dienstansetzen die Teilnahme unmöglich gemacht werden.

... Es wird gewünscht, daß Vertrauensleute aufgestellt werden, welche dazu dienen, die schlechten Elemente aus den Formationen zu entfernen, und die Kommandeure in der Feststellung der schlechten Elemente unterstützen. Diese Vertrauensleute sollen parallel mit den anderen laufen. Es soll in der Wahl dieser Vertrauensleute sehr vorsichtig vorgegangen werden und diesen Leuten eventuell eine Prämie zugesichert werden. Seitens des Generalkommandos wird die bisherige Zeitung Die Trommel als Soldatenzeitung künftig erscheinen und in derselben ernste und heitere Dinge behandelt werden.

Es soll dafür Fürsorge getroffen werden, daß Mannschaften und Offizieren Zeitungen zur Verfügung stehen, die ihrem Denken und Empfinden entsprechen und die so zeitig in die Hände der Soldaten gelangen, daß sie noch neuen Datums sind ...

Es ist des weiteren in Beratung beim Generalkommando, ob den Werbeoffizieren eine Prämie ausgezahlt werden soll. Ich möchte daher an dieser Stelle meinen Vorschlag wiederholen, daß aus dem Propagandafonds an aufzustellende Agenten eine Prämie von 102 Mark von jedem angeworbenen und durch uns angenommenen Mann bezahlt wird. Ich würde dann mein Werbegebiet in etwa 6 bis 8 Abschnitte einteilen, für jeden Abschnitt einen Werbeoffizier verpflichten, der wiederum in allen größeren Orten einen Agenten aufzustellen hat. Diese Agenten sollen entweder pensionierte Offiziere, alte Gendarmeriewachtmeister, Kriegervereinsvorstände und dergleichen Leute sein.

Da diese Leute über die lokalen Verhältnisse und so auch über die Gesinnung der einzelnen Menschen am besten orientiert sind, so glaube ich, daß wir auf diese Weise rasch und gleichmäßig ein gutes Material bekommen können.

gez. Unterschrift (unleserlich).

Schwere Niederlage der Rumänen.

Budapest, 19. April. (Ungarisches Korrespondenzbureau.) Ueber den gemeldeten Angriff der Rumänen erhält Mórss Ujfalu vom Volkskommissariat für Heerwesen folgende Angaben: Die Rumänen erlitten riesige Verluste. Natürlich gab es auch auf unserer Seite Verluste. Unsere Soldaten machten zahlreiche Rumänen zu Gefangenen. Von den unseigen fielen einige wenige in Gefangenschaft. Die Rumänen wollen anscheinend erzwingen, daß die ungarischen Truppen sich bis zur Linie zurückziehen, welche die Entente in der letzten Note des Oberstleutnants Vix als östliche Grenzlinie der neutralen Zone bezeichnet hatte.

Ein ungarischer Räterkongreß. Budapest, 20. April. (Ungar. Korr.-Bureau.) Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun, veröffentlicht einen Aufruf an die revolutionäre Arbeiterschaft und Arbeiterpresse aller Länder, in welchem er sie einlädt, Vertreter zu dem am 4. Mai zusammentretenden Kongreß der ungarländischen Arbeiter- und Soldatenräte zu entsenden.

Bei den Wahlen zur estländischen Nationalversammlung wurden 120 Abgeordnete gewählt, und zwar: Sozialdemokraten 41, Arbeitspartei 30, Volkspartei 25, Bauernbund 9, Sozialrevolutionäre 7, Christliche Volkspartei 5, Deutsche 3, Russen 1.

Gewerkschaftliches.

Der Angestelltenstreik in der Metallindustrie.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer haben erneut Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und der Vertretung der im Ausstand befindlichen Berliner Angestellten stattgefunden. Nach vielstündiger Verhandlung gelang es schließlich im Wege beiderseitigen Entgegenkommens, eine beide Teile befriedigende Regelung des Mitbestimmungsrechtes zu finden. Das Mitbestimmungsrecht wird in der Weise gewährt, daß die Geschäftsleitung dem Angestelltenausschuß von jeder Neuentstellung eines Angestellten Kenntnis gibt. Dies gilt nicht für die leitenden Beamten. Ferner hat die Geschäftsleitung dem Angestelltenausschuß von jeder Kündigung und Entlassung eines Angestellten, bevor diese erfolgt, Kenntnis zu geben. Wiederum sind die leitenden Angestelltengruppen ausgenommen. Die Mitteilung hat keine aufschiebende Wirkung. Im Zweifelsfalle entscheidet über Einstellung und Kündigung der Schlichtungsausschuß. Ferner wurde vereinbart, daß unter der Voraussetzung einer allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit am ersten Arbeitstage nach Ostern bereits vom 18. April ab eine Bezahlung stattzufinden habe, und daß den Angestellten bei der nächsten Gehaltszahlung ein angemessener Vorschuß zu gewähren ist. Der Umstand, daß im Laufe der Verhandlung nach und nach zahlreiche weitere Vertreter der Angestellten zu der ursprünglichen Verhandlungskommission sich hinzufanden, spricht dafür, daß der schließlich gefaßte Beschluß der Angestellten, für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit eintreten zu wollen, eine Meinungsänderung der gesamten Streikleitung darstellt.

Tarifverhandlungen im Tiefbaugewerbe.

Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Regierungsrats Dr. Sitzler mehrtägige Verhandlungen über Abschluß eines Reichs-Tarifvertrages für das Tiefbaugewerbe stattgefunden, die am 17. April zu einer Verständigung geführt haben. Der Reichs-Tarifvertrag, der in ähnlicher Weise, wie der Hochbau-Tarifvertrag, eine Ergänzung durch örtliche Arbeits- und Lohntarife vorsieht, bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Werbände. Die Verhandlungen über die Arbeits- und Lohntarife sollen sofort beginnen und die getroffenen Vereinbarungen nach Abschluß in Kraft treten.

Aus der Provinz.

Der Eierwucher.

Ostereier nur für die Zahlungsfähigen.

Mit der Freigabe der Eier sollte die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob es möglich sei, die von den Großagrariern als lästig empfundene Zwangswirtschaft abzubauen. Dieser Versuch ist vollkommen mißlungen. Das müssen selbst die Kreise zugeben, die, wie Professor Alberhalden-Halle, sich für den freien Handel aller leicht verderblichen Nahrungsmittel eingesetzt haben. Es ist genau das eingetreten, was wir im Namen der Verbraucher immer gesagt haben: die Einführung des freien Handels während der allgemeinen Warenknappheit macht die hohen Schleichhandelspreise zu den allgemein gültigen Preisen. So jämmerlich gering die Eierzuweisungen während der öffentlichen Bewirtschaftung auch waren, bekam doch jeder wenigstens eine kleine Anzahl Eier, die (im Höchstfalle) die Hälfte der jetzigen Preise kosteten. Während heute Eier überhaupt nur zu dem Zwanzigfachen des Friedenspreises zu haben sind, also für die Arbeiterschaft — von der man gerade jetzt nur: Arbeit, immer wieder: Arbeit, nichts als: Arbeit verlangt — einfach unerschwinglich sind.

Hier einige Beweise: In fast allen Industrieorten des an landwirtschaftlichen Produkten so reichen Kreises Liebenwerda haben starkbesuchte Protestversammlungen gegen den Wucher mit Eiern stattgefunden. Die Stimmung war sehr erregt. Es wurde festgestellt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Eiern gezeigt habe, daß die Landwirte noch nicht reif seien für die von ihnen stürmisch verlangte freie Betätigung über ihren gesamten Betrieb. Für Eier würden glatt 1 Mk. verlangt und von den Schleichhändlern gerne bezahlt, die natürlich auch Butter und andere Lebensmittel bei dieser Gelegenheit davonschleppten. Man verlangte überall den Erlaß eines Eierausfuhrverbots. Ein Ferkelausfuhrverbot hat der Kreisausschuß bereits erlassen. — In einer starkbesuchten Protestversammlung in Falkenberg berichtete der Vorsitzende des Arbeiterrates über die jeder Beschreibung spottende Bockbeinigkeit der Bauern, die in ganz schamloser Weise durch Forderung hoher Preise und durch schlechte Ablieferung die Ernährung der Arbeiterschaft fortgesetzt erschwerten. Zwar käme eine Verordnung nach der andern, doch das feste Durchgreifen fehle. Der Kreisausschuß scheine sich vor den Bauern zu fürchten. Man beschloß, sofort alle Bahnhöfe im Kreise scharf zu überwachen. Auf Bahnhof Marxdorf wurden einem Schleichhändler abgenommen: 200 Eier, 7 Pfund Butter, 10½ Pfund Schweinefleisch, 3½ Pfund Fett und 2 Pfund Wurst. In Falkenberg sowohl als auch in Uebigau beschloß man, zur Selbsthilfe greifen zu wollen. Man lehnt jede Verantwortung für das, was kommt, ab. Die Schäden, die den profitwütigen Bauern zugefügt würden, haben diese selbst verschuldet, weil alle Mahnungen erfolglos waren.

Einen höchst „zeitgemäßen" Versuch, Eier — angeblich für die Angestellten und Arbeiter — zu bekommen, hat das Liebenwerdaer Kreisblatt gemacht, indem es durch seine Agenturen bekanntgeben ließ, daß Eier zu 50 Pf. das Stück für das Kreisblatt-Abonnement in Zahlung genommen würden. Nur in zwei Dörfern haben einige Bauern ihre geistige Kost mit Eiern bezahlt, in den anderen Orten sind den Kreisblatt-Boten 80 Pf. bis 1 Mk. für das Stück abverlangt worden. In dem Lokalblatt in Düben prangte dieser Tage ein großes Inserat, wonach ein Aufkäufer Eier aufkaufen will zum Preise von 1,10 Mark, größere Posten gar zu 1,20 Mk. für das Stück. Durch solch schamloses Treiben werden die Hühnerhalter ja geradezu angereizt, die Eier nicht billiger abzugeben. Und die „sozialistische" Regierung duldet — nein „bekämpft" dieses Treiben, indem sie die Landwirte bewaffnet und unter Führung von Offizieren und Landräten zu weißen Garden organisiert.

Den Agrariern, den Händlern, und auch jenen kurzsichtigen Politikern, die dem Drängen nachgaben und für den freien Handel sich aussprachen, ist diese von uns vorausgesagte unerfreuliche Erscheinung natürlich nicht besonders angenehm, denn sie müssen sich sagen, daß nach dieser Erfahrung die Aussichten auf die schnelle Einführung der „freien Wirtschaft" nicht sehr wahrscheinlich sind. Die Gründe, die sie als Entschuldigung anführen, sind sehr fadenscheinig. Die Agrarier sagen, daß es sehr natürlich sei, daß sich nun die Verbraucher auf das eine freie Nahrungsmittel stürzen. Die Preise müßten bei Ueberwiegen der Nachfrage eben hoch bleiben. Die Deutsche Tageszeitung, das Leiborgan der agrarischen Wucherer, fordert deshalb schnellste Freigabe aller Lebensmittel — verschweigt allerdings, daß die Inlandserzeugung der Nachfrage nicht genügen kann, so daß wir, solange das Fehlende nicht durch die Einfuhr gedeckt wird, für alle Lebensmittel Schleichhandelspreise wohlen bezahlen müssen. Im übrigen sind die Erzeuger selbstverständlich an den hohen Preisen wieder ganz unschuldig: der Handel nimmt den Ueberpreis, nicht die Landwirte. Den Verbrauchern kann diese Argumentation, wer der Ausbeuter sei, ziemlich gleichgültig sein, denn sie ändert nichts an der Tatsache, daß die Einführung des freien Handels mit Eiern gleichbedeutend gewesen ist mit der Einführung der Wucherfreiheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191904 22-18/fragment/page=0002

Professor Adderhalden-Halle, einer der Befürworter der freien Wirtschaft, ist ganz entsetzt über die Folgen der Freigabe der Eier. Er ruft in einer Art „Osterbotschaft" den Händlern und Landwirten zu, sich zu vereinigen und mit Hilfe von Einkaufsgenossenschaften es durchzusetzen, daß die Eier zu einem „annehmbaren Preise" erhalten werden. „Sollten die traurigen Zustände anhalten, dann müsse mit aller Energie die Rationierung und die Zwangswirtschaft gesetzlich und vielleicht für immer verankert werden." So droht er den Agrariern und sagt ihnen dann folgende Wahrheiten ins grinsende Ausbeutergesicht:

„Hinten herum" kostete ein Ei bis vor kurzem etwa eine Mark. Jetzt werden vielfach 2 Mk. bezahlt! Ob wohl jene Personen, die durch höhere Bezahlungen der armen Bevölkerung die Nahrungsmittel entziehen, sich auch schon überlegt haben, daß zwischen ihnen und jenen Leuten, die Lebensmittelgeschäfte ausrauben (also den Plünderern! Red. V.) und damit der Allgemeinheit Lebensmittel entziehen, kein Unterschied besteht? Beide Sorten von Menschen berauben ihre Mitmenschen, nur mit dem Unterschied, daß in manchen Gegenden Deutschlands die rechte Gunnersmt das Motiv zu den Plünderungen ist, während die guten „Sahier" vielfach im besten Ernährungszustand sich befinden. Alle jene, denen es ernst ist mit einem Wiederaufbau des zerstörten Deutschland, sollten sich die Hand reichen und wenigstens in dem Punkte einig sein, keine Lebensmittel durch unsinnige Angebote im Preise zu steigern. Der gesunde Sinn der Landwirte und die Tüchtigkeit der Händler haben jetzt eine große Probe zu bestehen! Schon ist in der preußischen Nationalversammlung der Antrag gestellt, den freigegebenen Eierhandel sofort wieder aufzuheben, weil der ärmeren Bevölkerung die Eier ganz entzogen sind! Anfang Mai sollen die Würfel! Ist der Eierhandel bis dahin nicht in der Lage, billige Eier zu beschaffen, dann ist der ganze freie Handel in Lebensmitteln wieder auf Jahre hinaus unterbunden."

Das ist so deutlich und zutreffend, daß wir dem nichts hinzuzufügen haben. Ob es den Händlern wie den Landwirten aber wirklich nur um die Versorgung mit Lebensmitteln zu erträglichen hohen Preisen zu tun ist, muß von beiden erst bewiesen werden. Vorläufig ist den weniger zahlungsfähigen Verbrauchern die Freude auf einige Ostereier allerdings gründlich verdorben worden, und sie sind nicht mehr durch schöne Worte und Versprechungen zu überzeugen, sondern nur durch Taten.

Durchzug der polnischen Armee.

Der Regierungspräsident von Merseburg ersucht uns um Abdruck folgender Bekanntmachung: In den nächsten Tagen werden die Transporte der in Frankreich liegenden polnischen Truppen durch deutsches Gebiet nach Polen beginnen und teilweise durch den Regierungsbezirk Merseburg geleitet werden. Von deutscher Seite ist die vollkommene Sicherheit der Transportwege gewährleistet worden. Sollten sich auf diesen Beförderungswegen Schwierigkeiten ergeben, so ist von dem Höchstkommandierenden der alliierten Armeen ausdrücklich vorbehalten, auf die Landung in Danzig zurückzukommen. Die Behörden haben Anweisung, die reibungslose Durchführung der Transporte sicherzustellen. Zu diesem Zwecke wird insbesondere eine zeitweise Absperrung und Bewachung der Bahnhöfe notwendig werden. Ich erwarte von dem gesunden Sinne der Bevölkerung, daß sie im vaterländischen Interesse alles vermeiden hilft, was eine Störung der Transporte herbeiführen könnte. Demonstrationen müssen unbedingt unterbleiben.

Leunawerke. Ein Dokument der Schande. In einem vom Verband der Weißenfelser Schuhindustriellen an die Direktion der B. A. S. F. gesandten Briefe wird geboten, die auf hiesigem Werke beschäftigten Facharbeiter (Schuhmacher) sofort zu entlassen, da dieselben jedenfalls hier auf dem Werke nicht benötigt würden und nur nach Leuna fahren, um den Tag durch Nichtstun zu vertrinken. Die Herrschaften haben sich sogar erboten, ein namentliches Verzeichnis der sogenannten Faulenzer einzureichen, damit die Entlassung besser von statten gehen kann. Es dürfte Sache der Weißenfelser Genossen sein, den in Frage kommenden Denunzianten die richtige Antwort zu erteilen.

Laucha. Gegen die Geheimniskrämerei. Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung in der geschlossenen Sitzung der Stadtväter bildete ein Eingesandt mehrerer Bürger in der Unstrutzeitung. Genosse Bilke pflichtete den Einsendern bei und führte aus, daß häufig Material den geheimen Sitzungen überwiesen wird, das eigentlich besser in öffentlicher Sitzung verhandelt werde. Er protestierte gegen ein solches Verfahren und empfahl, nur wirklich notwendige Angelegenheiten in geheimer Sitzung zu verhandeln. Der Vorsteher betonte, daß es auch in der neuen Zeit städtische Angelegenheiten gebe, die nur in die geschlossene Sitzung gehören. Er lasse sich in der Führung der Geschäfte als Vorsteher durch solche Eingesandts und Ausführungen nicht beeinflussen Solange er die Geschäfte führe, mache er das nach seinem Gutdünken. Einen Beweis dafür, daß die Forderungen der Bürgerschaft durchaus berechtigt sind, liefert jedenfalls der immer stärker werdende Zudrang von Zuhörern zu den öffentlichen Sitzungen.

Schkeuditz. Gewerkschaftskartell. Die Maifeier wird zusammen mit der Partei veranstaltet, wozu in der letzten Kartellsitzung eine Kommission gewählt wurde, die an den Vorbereitungen des Festes arbeiten soll. Ferner wurde berichtet, daß die von der Stadt aufgestellten Lohnsätze für Notstandsarbeiten als zu niedrig anzusehen sind. Es wurde vorgeschlagen, eine Eingabe an den Magistrat zu richten, in welcher ersucht werden soll, die Lohnsätze wie folgt festzulegen: Für Ledige über 18 Jahre pro Tag 7 Mk., für Verheiratete 8 Mk. Außerdem für jedes Familienmitglied 50 Pfg. Zulage. Infolge des Arbeitsbeginns in den Ziegeleibetrieben wurde der Fabrikarbeiterverband beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten und den Ziegeleibesitzern zuzustellen, damit die Löhne einheitlich geregelt werden können.

Eisleben. Angedrohte Zwileinquartierung. Die ungeheure Wohnungsnot, die auch durch den Ausbau der Baracken nicht behoben werden kann, hat den Magistrat gezwungen, an die Besitzer von ganzen Häusern oder großen Stockwerkswohnungen mit dem Ersuchen heranzutreten, unverzüglich Familien oder Einzelpersonen in entsprechender Anzahl aufzunehmen. Antrag auf Ueberragung der Enteignungsbefugnis von ganzen Wohnungen oder Teilen derselben ist bei dem Staatskommissar für das Wohnungswesen beantragt. Der Magistrat hofft, daß diese Anregung genügen wird, um jeden nicht unbedingt notwendigen Raum sofort nutzbar machen zu können. Eisleben folgt damit dem Beispiel der Gemeinden, die bereits vor Monaten zu diesem Mittel gegriffen haben, um dem allgemeinen Wohnungselend zu steuern. Wir werden zu sehen, wie sich die Herren der ersten Etage zu dem Ersuchen des Magistrats stellen werden.

Mansfeld. Die Wahlen zum Kreistage des Mansfelder Gebirgskreises sind für den 4. Mai anberaumt. Es werden 32 Kreistagsabgeordnete gewählt, und zwar von den Städten 8 und von den Landgemeinden 24. Es wählen Hettstedt 4, Leimbach 2, Mansfeld und Ermsleben je 1, Ahlsdorf 1, Burgörner 2, Creisfeld 1, Großörner 2, Herrasdorf 1, Klostermansfeld 3, Sievleben 1 Abgeordneten. Die übrigen 13 Abgeordneten sind in vier Wahlbezirken durch Verhältniswahl zu wählen.

Artern. Maifeier. Die Partei und das Gewerkschaftskartell haben die Vorarbeiten zur Feier des Maifeiertages am 1. Mai erledigt. An der Arbeiterschaft von Artern und Umgebung liegt es nun, die Feier durch Massenbeteiligung zu einer gewaltigen Kundgebung für die Ideen des internationalen Sozialismus zu gestalten.

Eilenburg. Arbeiter- und Soldatenrat. Zu einer A.- und S.-Rats-Sitzung waren sämtliche Vertrauensleute der Betriebe, sowie die Vorstände der Organisationen und die Distriktsführer der Partei eingeladen, um den Tätigkeitsbericht entgegenzunehmen. In der Diskussion wurde allgemein anerkannt, daß der A.- und S.-Rat eine ziemliche Arbeit geleistet habe, nur wurde gefordert, daß der Arbeiterrat, um sich mit allen Mitteln in der städtischen Verwaltung vertraut zu machen, eine Erweiterung vornehmen sollte. Dem wurde entgegengehalten, daß die Tätigkeit des Arbeiterrats nicht darin bestehen kann, die Arbeiten der städtischen Beamten zu leisten, er habe diese nur zu kontrollieren. Schon durch unsere Mehrheit im Stadtparlament wird die Haltung der Beamten beeinflußt und Beschlüsse im Stadtparlament durchgesetzt, die das Allgemeinwohl im Auge haben. Von Zeit zu Zeit werden Sitzungen in der heutigen Zusammensetzung stattfinden, um ein Hand-in-Hand-arbeiten der schaffenden Bevölkerung zu gewährleisten. Gewünscht wurde, daß die Verteilung der beschlagnahmten Waren als Extrazuwendung an die wirklich arbeitende Bevölkerung bis zu einem gewissen Einkommen vorgenommen werden sollte. Diesem Wunsche soll folgendermaßen Rechnung getragen werden: Alle Vertrauensleute in Betrieben von 20 und mehr Arbeitern reichen sofort eine Liste der in Frage kommenden Arbeiter beim Genossen Daubsch oder beim Nahrungsmittelamt 1 ein. Die Vertrauensleute erhalten im Nahrungsmittelamt 1 für alle in der Liste angeführten Personen eine Sonderlebensmittelmarke, die sie zu verteilen haben. In kleinen Betrieben Beschäftigte, sowie kleine selbständige Existenzen und arme Rentenempfänger, die im Vorjahre nicht mehr als 3000 Mk. Einkommen hatten, melden sich im Nahrungsmittelamt 1 unter Vorlegung ihres Steuerzettels vom 23. bis 26. April und erhalten dort ihre Marken. Die Vertrauensleute können ihre Marken sofort abholen. Die Marken sind numeriert, die Verteilung wird von Nummer 1 an beginnen. Das Bureau des Arbeiterrats befindet sich Schulstraße 12, 1 Treppe. Bureaugeit: Vormittags 9 Uhr bis mittags 1 Uhr. Privatwohnung des Obmannes Wilhelm Daubsch: Steinstraße 1.

Bitterfeld. Immer noch schwarze Listen im Bergbau. Wie dringend nötig es ist, das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern durchzudrücken, zeigten wieder einmal folgende Fälle. Der Arbeiter Conrad gab vor kurzem seine Arbeit bei der Deutschen Grube auf, weil er von der Hofkolonne in die Kohlenförderung versetzt werden sollte. Trotzdem sein Weggang in aller Ordnung erfolgte, steht er nun in der schwarzen Liste. Er kann also auf keiner Grube wieder Arbeit bekommen. Ein ähnliches Schicksal traf den Arbeiter Bellmann bei seinem Weggang von der Grube Leopold. Ehe die Arbeiter nicht das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates haben, werden derartige Vorkommnisse nicht verschwinden.

Köthen. Bürgerwehr. In einer der letzten Versammlungen, welche von einigen Bürgerlichen einberufen war, wurde auch hier in unserem ruhigen Städtchen, wo man bis heute noch nicht einen Hauch von dem Brausen der Revolution gespürt hat, eine Bürgerwehr gegründet. Zweck: Um „gegen Eindrüche wilder Horden", welche sich am Eigentum vergreifen, entgegentreten zu können. Ist bis heute alles wie am Schnürchen gegangen, so muß beim Lesen des Aufrufes, der im Köthiblättchen erlassen worden ist, doch jeder freidenkende Mensch stutzig werden, denn es darin heißt, mit der Politik hätte diese Abwehrtruppe nichts zu tun. Wir als Sozialdemokraten sehen diese Gründung noch etwas anders an. Die Arbeiterschaft protestiert auf das Entschiedenste dagegen und wird in nächster Zeit dazu Stellung nehmen. Lasse sich kein Arbeiter für die weiße Garde einfangen.

Wittenberg. Zur Maifeier rüstet die gesamte Arbeiterschaft unseres Kreises mit aller Kraft. Der Tag soll unter dem Zeichen der siegreich vorwärts drängenden Arbeiterklasse stehen und sind deshalb Veranstaltungen größten Stils vorgesehen, in deren Mittelpunkt ein Demonstrationsumzug steht, der gewerkschaftsweise unter Beteiligung der Frauen und Kinder (die dem Zuge voranmarschieren werden) vor sich geht. Drei bis vier Musikchöre werden im Zuge verteilt. Sammelplatz, nachmittags 1/2 3 Uhr, auf dem Lautenplatz; auf dem Marktplatze Aufführung von Massengesängen und Ansprache. Der Vormittag gehört den einzelnen Gewerkschaften zu besonderen Zusammenkünften. Für die Abendveranstaltungen sind in der Stadt und in den Vororten mehrere Säle belegt. Es versteht sich daß die Krone eines solchen Programms nur die völlige Arbeitsruhe sein konnte. Sie war denn auch, ehe die Nationalversammlung das famose Maifeiergesetz geschaffen hatte, bei einzelnen Gewerkschaften schon beschlossene Sache. Für eine anzufertigende rote Fahne haben außer freiwilligen Beiträgen einzelne Gewerkschaften aus ihren Kassen Beiträge gestiftet, so die Buchdrucker 50 Mk., Metallarbeiter 100 Mk. Die Beteiligung der Sportvereine beim Umzug sowie an den Abendveranstaltungen ist sehr erwünscht. Arbeiter, Parteigenossen, nur kurze Zeit noch trennt uns vom Weltfeiertag, rüstet emsig weiter, damit der Tag entsprechend seiner erhöhten Bedeutung, die er erhalten wird, gefeiert werden kann.

Quedlinburg. Gegen liebende Stadträte. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordneten-Kollegiums hat vom Magistrat den Rücktritt sämtlicher ehrenamtlicher Stadträte und Neuwahlen verlangt, damit die Fraktion eine sprechende ihrer Stärke die Parität auch im Magistrat erhält. Bei Ablehnung der Forderungen wollen die 18 sozialdemokratischen Stadtverordneten, wie in der Presse berichtet wird, in den Streik treten.

Magdeburg. Ausstand der städtischen Hilfsangestellten. Die städtischen Hilfsangestellten, die in größerer Zahl besonders beim Lebensmittel- und Arbeitsamt beschäftigt werden, sind erneut an den Magistrat mit Lohnforderungen herangetreten. Sie fordern Monatsgehälter abgestuft von 150 bis 375 Mk. für Unverheiratete und für Verheiratete 475 Mk. und Kinderzulagen von 30 M. für jedes Kind bis zum Höchstbetrage von 120 Mk. Da die Forderungen nicht angenommen wurden, traten sie in den Streik ein.

Allerlei.

Wieder eine ganze Familie ermordet.

Als in der Nacht zum Karfreitag gegen 12 Uhr der Landwirt Wilbrandt in Neu-Pennewitt bei Warin i. M. in das alleinliegende Gehöft seines Schwiegervaters, des Erbpächters Below, zurückkehrte, fand er seine Schwiegereltern im Schlafzimmer in ihren Betten liegend ermordet vor. In dem dem Schlafzimmer benachbarten Raume fand er seine eigene Frau tot auf. Alle drei Leichen wiesen schwere Schädelverletzungen auf, die von Beilhieben herrührten. Das Töchterchen der Wilbrandtschen Eheleute, das neben der Mutter lag, ist unversehrt. In der Wohnung war eine Fensterscheibe eingedrückt. In einer Grube des Gehöftes wurde ein Briefumschlag mit 120 Mk. gefunden. Ueber den Täter verlautet noch nichts Bestimmtes.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straussfedern „Brunhilde".
Viele tausende Dankschreiben.
Der reiz. einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [141
Ich liefere unter Nachnahme in schwarz und weiss.
Länge ca. 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 3.25
" " 39 " " 15 " " 4.50
" " 46 " " 17 " " 8.00
Zurücknahme nach 8tägiger Probe!
Prachtkatalog. Grösste Auswahl in Straussfedern, Straussfed.-Kränze, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst.
Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, Düsseldorf, Arnoldstr. 21 a.
Kein Ladengeschäft. Versand direkt ab Lager!
Man beliebe per Postkarte

Zur Aufklärung!
Herr Karl Aisleben, Halle (Saale), Rellstr. 23, ist am 14. April ds. Js. aus unserer Genossenschaft ausgeschlossen worden. Gleichzeitig ist ihm die Berechtigung zum Schlachten von Pferden und zum Handel mit Schlachtpferden und Pferdefleisch durch die Provinzial-Fleischstelle Magdeburg entzogen worden.
Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden, e. G. m. b. H., Halle (Saale). *315

Kaninchenfelle sowie alle anderen Felle u. Rosshaare kauft zu höchsten Tagespreisen.
Paul Günther Nachf., Taubenst. 3, Hof. Tel. 6176.
Inhaber: Leo Foltscher. 6

Verein für Feuerbestattung in Halle a. d. S. u. Umgegend, e. V.
Mitgliederzahl 1460. Jahresbeitrag 8 Mk.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bez. deren Angehörige mit Rat u. Auskunft in allen Fragen der Einäscherung u. zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft 30 bis 100 M. Zuschuss. Anmeldungen neuer Mitglieder durch Postkarte erbittet
*313 Der Vorstand.
T. 1293 (Vorsitzender), T. 3817 (Kassenführer).

Ziehung 6. Mai. Ziehung 13. Mai.
Rote Kreuz Los 3.30 M. Deutschland Spende
5 Lose m. Porto u. Liste 16.50 Los 3.30 M. Porto u. Liste 45 M. extra
100000 75000
50000 30000
30000 20000
R. Eulenberg jr. Lotteriebank, Elberfeld N Z 7

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Kaninchenfelle zum Zurichten und Färben zu verkaufen. 78
Solfrian, Böllbergerweg 7.

Moderner Küchenschrank, Chaiselongue, großer Polsterstuhl, grüne Bilschgarnitur, zu verkaufen. 538
Lerchenfeldstr. 4, Hof.

500 Mark Belohnung
demjenigen, der mir die Spitzbuben namhaft macht, welche in der Nacht vom 17. zum 18. April bei mir eingebrochen und sämtliche Zigarren und Tabak gestohlen haben. *320
Louis Ackermann, Zigarren-Fabrik, Kwintschöna.

Hühneraugen u. Leid verschwindet Lassito 3 Fach stark gesetzlich geschützt
Flasche 2.25 Mark, sehr gut wirkend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46.

Tabak
kann sich jeder selbst anbauen. Ich versende 1 Portion Tabaksamen, nur beste keimfähige in Deutschland ausprobierte Sorte, mit Kulturanweisung gegen Einsendung von 1 Mark, große Portion 2 Mark oder per Nachnahme.
H. Koch, Samen-Handlung, Berlin-Rosenthal I, Hauptstraße 8. *176

Theaterstücke
Humorist. Vorträge
Lieder, Couplets, Gesamtspiele
polit. Künstlerpostkarten
Rich. Lipinski, Leipzig
Königstrasse 12.
Auf Wunsch Preisliste, auch Auswahlsendung. *2

!! Radfahrer !!
Ventil-Gummi
Gummilösung
Flick-Gummi
in prima Pare!
H. BIEBER
Gr. Steinstrasse 35
Gummi-Laden.

Ziegen-, Hasen-, Kanin- u. andere Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft
A. Weise, Pelz- und Fellhandlung, Kannischestr. 1. Tel. 1667

Holzschuhe 5
Holzpantoffeln
Pantoffelhölzer
empfiehlt
Max Fricke, Pantoffel-Fabrik, Trotharstr. 69, Telephon 3385
En gros. En detail.

Reparaturen 189 an :: Uhren ::
übern. bei solider Ausführung zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher, Kl. Klausstr. 18 (dicht am Markt), Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Kautabak, allerfeinster Nordhäuser, gibt ab
H. Hülsse, Halle a. d. S., 537 Burgstraße 7.

Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus 2
Albert Ackermann, Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Familien-Nachrichten.

Mariechen Wallrodt
Paul Nitzsche
grüssen als Verlobte. 534
Halle a. S. Ostern 1919.

Zum Gedächtnis
am Jahres- und Todestage meines lieben Gatten und Vaters, des Unteroffiziers Otto Müller, geboren am 16. Februar 1892, gefallen am 18. April 1918.
Ein Jahr verschwand in Trauer und in Tränen,
Die wir um Dich, Du Teurer, oft geweint,
Und wenn wir uns nach Dir auch noch so sehnen,
Der Platz bleibt leer, der uns in Liebe einst vereint.
Dein liebes Herz muß früh erkalten,
Dein Blut gabst Du für Deine Lieben hin,
Ich, lieber Otto, wärst Du uns erhalten,
Das Vaterland war uns so gleich.
Wir wollen Dein in Liebe stets gedenken,
Bis man uns einst, wie Dich, wird selbst versenken.
Gewidmet von deiner lieben Gattin
Martha Müller u. Söhnchen Otto nebst Schwiegereltern.
Ludwigstraße 1. 531

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191904 22-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater
Anfang 7.10 Uhr. 515
Jungfer Sonnenschein.
Operette von Georg Jarno.
Kasse: 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Welt-Panorama,
Gr. Ulrichstrasse 4/5, I.
1. Die Schweiz.
2. Dänemark, Kopenhagen. 554

Stadttheater.
Mittwoch, d. 23. April 1919.
Abds. 7 Uhr. Ende vor 10 Uhr:
Nora
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Donnerstag: Ilsebill.

Zum Landhaus,
Merseburger Strasse 95.
*325 Mittwoch
Tanzkränzchen.

3 Könige, Varietee, Kl. Klausstr. 7.
Einige Stunden köstlichen Humors
bietet ihnen das neue Programm. 558
Neue Posse **Der Chor der Rache.** Lachsalve auf Lachsalve!
Anfang 5 Uhr. Grösster Betrieb am Platze.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Familienvorstellung.

Achtung! Achtung!
Oberpollinger.
Heute, von 5 Uhr an:
Grosser Hausball.
In den Tanzpausen: 536
Heitere Kabarett-Vorträge der erstklassigen Kabarett-Mitglieder.
— Anfang 5 Uhr. —

Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 11.
Mittwoch von 5 Uhr an: 535
Oeffentlicher Ball.

Schützenhaus Ammendorf
Mittwoch: Ballmusik.
Gäste willkommen. Verein J. Z.

Gasthofs-Übernahme in Radegast.
Den geehrten Einwohnern von Radegast und Umgegend zur gefl. Mitteilung, daß ich mit dem 1. April den
Gasthof „Zum weißen Roß"
käuflich übernommen habe. — Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, meinen Gästen der Zeit entsprechend mit Speisen und Getränken aufzuwarten. Hochachtungsvoll *321
Adolf Wiedewild.

Zahnpraxis Laske,
Grosse Ulrichstr. 63, III, Ecke Gr. Steinstr.
Zähne von 4 M. an,
Plomben von 2 M. an, Zahnziehen 1.00 M.,
Stiftzähne festsitzende Brückenarbeiten.
Fachwissische und schonende Behandlung.
— Garantie, nur erstklassiges Material. — 546
Sprechzeit v. 9—12½ u. ½3—6 Uhr. Sonntags v. 9—12 Uhr.

Die Kämpferin.
Zeitschrift für Frauen und Mädchen des gesamten werktätigen Volkes.
Organ d. Unabh. Sozialdemokr. Partei Dtschls
Erscheint alle 14 Tage. Jede Nummer 25 Pfg.
Vierteljährlich bezogen, ohne Bestellgeld, 1.30 Mk.
Alle Austräger des Volksblattes nehmen Bestellungen entgegen.
Volks-Buchhandlung Halle (Saale), Harz 42144.

Kau-Tabak
echte Nordhäuser Ware, gibt ab: 552
Kirkenbach, Harz 2.

Medaillon mit Bild (543 (Mutter) Leuchtstädter Straße verl. Geg. Belohnung abzug. Merseburgerstr. 108, Bäckerei.

Hölzerne Kinder-Bettstelle, Blumentisch, Bücherreihe, werk. 542 Spitze 27, III Tr.

Ratgeber für deutsche Auswanderer
Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag f. Politik u. Verkehr Stuttgart (P), Alexanderstr. 25. *319

Sonnabend zwischen 5 bis 6 Uhr nachmittag von Ecke Freiimfelderstr. bis Dölauerschänke Büschdorf [*324 goldene Damenuhr verloren. Geg. hohe Belohnung abzug. Kontor Mühlweg 19.

Tüchtige Rock- und Taillenarbeiterinnen
gut bezahlt, sucht
Helene Koch, Leipzigerstr. 54, I,
540 am Riebeckplatz. Tel. 2004.

U.T. 557

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.

Die Heimat
Drama in 4 Akten.
Hauptrolle:
Werner Krauß
Vorführung
5.00 7.10 9.30

Dorrit Weixler
in dem bisher verbotenen, prickelnden Lustspiel:
„Fräulein Piccolo"
— 3 Abteilungen —
Vorführung
4.10 6.20 8.20

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.

„Paradiesvogel"
Das Schicksal einer schönen Frau.
Schauspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Lilly Bech.
Vorführung
5.20 7.30 9.40

Mia May
in dem 4aktigen Lustspiel
„Die platonische Ehe"
Vorführung
4.00 6.10 8.20

In beiden Theatern Meßter-Woche Nr. 14.
Beginn 4 Uhr. Die Abendvorstellungen beginnen 8.10.

„Die Lieblingsfrau des Maharadscha", Teil I und II, in Buchform, an beiden Theater-Kassen erhältlich.
Beide Teile gelangen demnächst zur Aufführung.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Neuanmeldung zur Kundenliste und Verkaufsordnung bei den Roßfleischhändlern.

Infolge der mehrfachen Aenderungen der Bestimmungen über den Bezug von Roßfleisch ist eine Neuanmeldung der Haushaltungen bei den Roßfleischhändlern erforderlich. Alle Haushalte, welche Roßfleisch für alle oder einen Teil der Haushaltsangehörigen beziehen wollen, auch diejenigen, die ihren Lieferanten nicht wechseln wollen, haben sich bei dem Roßfleischhändler, von dem sie künftig Roßfleisch beziehen wollen, zur Kundenliste anzumelden.

Zur Entgegennahme der Anmeldungen werden die Roßfleischhandlungen am Mittwoch, den 23. April, Donnerstag, den 24. April, Freitag, den 25. April, Sonnabend, den 26. April, geöffnet sein.

Die Anmeldungen müssen in folgender Weise erfolgen: Die Kunden legen dem Roßfleischhändler, von dem sie Roßfleisch beziehen wollen, an einem der genannten Tage ihren Lebensmittelschein vor. Dabei müssen sie genau angeben, für wieviel Personen des Haushaltes sie Roßfleisch beziehen wollen. Gleichzeitig haben die Anmeldenden für jede Person, die zum Roßfleischbezug angemeldet wird, die Warenbezugsmarke 300 des Warenbezugscheines 21 dem Roßfleischhändler abzugeben. Der Roßfleischhändler trägt die Namen der sich Meldenden nummerweise in seine Kundenliste ein und vermerkt bei jedem Haushalt die Zahl der zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen. Die erfolgte Anmeldung machen die Roßfleischhändler durch Aufdruck ihres Firmenstempels in den Vordruck auf der 3. Seite des Lebensmittelscheines unter Beifügung der Nummer der Kundenliste ersichtlich.

Den angemeldeten Kunden muß der Roßfleischhändler eine mit seiner Firma und der Nummer der Kundenliste versehenen Marke, auf welcher auch die Zahl der zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen zu vermerken ist, auszuhändigen.

Eine genaue Abschrift der Kundenliste, in denen die Personenzahlen aufgerechnet worden sind, haben die Roßfleischhändler bis spätestens Dienstag, den 29. April, an das Stadternährungsamt, Abteilung IV, abzuliefern. Zugleich haben sie die bei ihnen abgegebenen Abschnitte Nr. 300 des Warenbezugscheins zu 100 Stück gebündelt, im verschlossenen, mit der Firma versehenen Umschlag als Kontrollbelag abzuliefern.

Die Roßfleischhändler dürfen nur an die bei ihnen als Kunden angemeldeten Personen liefern. Eine Ummeldung bei den Roßfleischhändlern wird in Zukunft nur denjenigen gestattet werden, welche die Wohnung wechseln. Diese müssen sich bei ihrem bisherigen Roßfleischhändler abmelden, der ihnen eine kurze Bescheinigung über die Abmeldung zu erteilen hat. Diese Bescheinigung ist dem Stadternährungsamt, Abteilung IV, zur Abstempelung vorzulegen. Erst wenn die Abmeldungen vom Stadternährungsamt bestätigt sind, darf ein Roßfleischhändler auf Grund der ihm vorzulegenden Abmeldungen die Neuanmeldungen entgegen nehmen.

Da in Zukunft die zur Verteilung verfügbaren Mengen an Roßfleisch und Wurst aus Roßfleisch nur sehr gering sein werden, ist es nicht zweckmäßig, daß sich etwa noch mehr Personen als bisher zum Roßfleischbezuge anmelden; es empfiehlt sich vielmehr, die Zahl der anzumeldenden Personen zu beschränken. Nur dann wird es möglich sein, die angemeldeten Personen in verhältnismäßig regelmäßigen, nicht zu fernen Zeitabschnitten zu beliefern.

Der Verkauf von Roßfleisch und Roßfleischwurst wird fortan in folgender Weise geregelt:

Je nach der Menge, die jeweils zur Verfügung steht, findet der Verkauf nach den auf den den Kunden ausgehändigten Marken vermerkten Nummern der Kundenliste statt.

Bei dem Einkauf hat jeder Käufer die ihm von den Roßfleischhändler ausgehändigte Marke sowie den Lebensmittelschein vorzulegen und eine jeweils bekannt zu gebende Marke des Warenbezugscheines abzugeben.

Die Roßfleischhändler haben durch Aushang im Schaufenster jeweils anzukündigen, welche Käufernummern an dem nächsten Verkaufstage beliefert werden.

Halle, den 14. April 1919. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen.

50 Gramm Butter!

In der Woche vom 21. April bis 27. April werden auf den Abschnitt 17 der Zeitkarte für jede Person des Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von 43 Pfg. abgegeben. Der Verkauf erfolgt am Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. April 1919. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 28. April abzuliefern.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Mittwoch, den 23. April, auf den Abschnitt 11 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf Haymstraße 35 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Lindenstraße 52, an letzterer Stelle nur nachmittags von 2–6 Uhr.

Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 26. April abzuliefern.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch 160 Gramm.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 23. bis 27. April bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird, infolge nicht genügender Anlieferung von Schlachtvieh, auf 160 Gramm festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken dürfen von der Vollkarte nur die mit den Buchstaben 2A bis 2H bezeichneten 8 Abschnitte, von der Kinderkarte die mit den Buchstaben 2A bis 2D bezeichneten 4 Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Auf jede dieser 8 bzw. 4 Fleischmarken dürfen 20 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 16 Gramm ohne Knochen entnommen werden. Auf die in der Hand der Fleischkarteninhaber verbleibenden 2 bzw. 1 Fleischmarke werden in nächster Woche je 20 Gramm Hülsenfrüchte oder andere Ersatzmittel geliefert.

Halle, den 19. April 1919. Der Magistrat.

Der Verkauf von Suppenmehl beginnt am Mittwoch, den 23. April 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 1,20 Mk. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Suppenmehl einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 301 des Warenbezugscheines 21.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Kerzen

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 23. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 74 000 bis zurück 68 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 68 500 bis zurück 63 501 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jeden Haushalt der vorgenannten Lebensmittelscheine kann eine Kerze, bei Vorlegung der Bescheinigung, daß er kein elektrisches Licht oder Gas hat, abgegeben werden.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Heringen

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 23. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit der Nummern 74 000 bis zurück 68 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 68 500 bis zurück 63 501, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Hering zum Preise von 40 Pfennig abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 23., und am Donnerstag, den 24. April, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Granzen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 22. April 1919. Der Magistrat.

Verbot der Aufnahme chiffrierter Wohnungsanzeigen und des Ausnutzen von Belohnungen für Wohnungsvermittelungen.

Nach der Bekanntmachung der Reichsregierung vom 28. Dezember 1918 (R.-G.-Bl. 1919 S. 16) sind alle vom Bundesrate, dem Reichskanzler usw. innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen, soweit nicht ihre Aufhebung seitens der zuständigen Stellen besonders verfügt ist, in vollem Umfange in Geltung geblieben. Dazu gehört insbesondere auch die Verordnung über Zeitungsanzeigen vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 827), welche die sogenannten Chiffreanzeigen über Gegenstände des täglichen Bedarfs verbietet und Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Haft, oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht. Unter solche Anzeigen fallen auch Ankündigungen von Wohnungen unter Chiffre; Anzeigen, in denen Wohnungen angeboten werden oder in denen zur Abgabe von Angeboten über Wohnungen aufgefordert wird, dürfen daher in periodischen Druckschriften nur mit Angabe des Namens oder der Firma sowie der Wohnung oder der Geschäftsstelle des Anzeigenden zum Abdruck gebracht werden.

Das Aussetzen von Belohnung für Wohnungsvermittlungen ist als Preiswucher anzusehen und nach den gegen unlautere preistreiberischen Machenschaften gegebenen Bestimmungen strafbar.

Halle, den 18. April 1919. Der Magistrat.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.
Nur noch wenige Tage!
Abends 7½ Uhr:
Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette v. J. Gilbert.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Gewandte Leute
(auch Mädchen) *314
zum Fensterputzen, finden Arbeit. Meldung: Dienstag vormittags. Vereinigte Glasermeister, Harz 23.

1 tüchtiger, selbständiger Feuerschmied, *318
f. Winkel- u. Bördelarbeit,
1 tüchtiger, selbständiger Autogen-Schweißer
und mehrere selbständige Kesselschmiede,
sof. für dauernde Arbeit ges.
Bühring, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik, Landsberg, Bez. Halle.

Großstück-Schneider,
auf Werkstatt, sucht 493
S. Weiss
Halle (Saale),
Leipzigerstraße 105/6.

Schneidergesellen
sucht Fischer, Wörmlitzer Straße 109. 550

Mädchen erhalten Stelle für Stadt und Land. 553
Emilie Hagelgans, gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Halle, Leipzigerstr. 4.

Junge Aufwartung
für den ganzen Tag oder ein 2. Mädchen f. sof. oder 1. 5. ges.
Restaurant 541
„Zum Markgrafen",
Bruderstr. 7. Tel. 4980.

Höchsten Verdienst
finden Herren, Damen, auch Kriegsbeschädigte jed. Standes durch Uebernahme von Versandgeschäft als Haupt- und Nebenerwerb. Genaue Auskunft erteilt Schließfach 116, Abteilung A. 76, Kassel. Rückporto erbeten. *323

Familien-Nachrichten.

Deutscher Bauarb.-Verband Zweigverein Halle. 549

Verspätet!
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 15. April, nachmittags ½5 Uhr, unser Mitglied, der Maurer
Heinrich Müller,
nach kurzem, schwerem Leiden, an Lungenentzündung, im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nach langen Monaten qualvoller Ungewißheit erhielt ich die schmerzliche Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann und treusorgender Vater seines Töchterchens, der Kaufmann

Karl Conrad,

Oberjäger im Reserve-Jäger-Bataillon 21, 1. Kompagnie, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse,

am 4. November 1918 in Frankreich gefallen ist. — Sein heißer Wunsch, nach vier Jahren harter Kriegsleiden wieder mit den Seinen vereint zu leben, sollte nicht in Erfüllung gehen.

Halle, Merseburgerstr. 110, den 22. April 1919.

Anna Conrad geb. Damm, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

504 Von Beileidsbesuchen bitte höflichst absehen zu wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190422-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. April 1919

Eine Stadtverordnetenwähler-Versammlung

hält morgen, Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, im Volkspark die Unabhängige sozialdemokratische Partei ab. Hauptredner über die kommunale Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung ist der Stadtverordnete Genosse Leid aus Berlin. Von einem unserer Kandidaten wird im Anschluß daran das Bestreben der Hausagrarier, den Volkswillen nach Teilnahme an der Leitung der Geschicke der Stadtpolitik mundtod zu machen, gebührend gekennzeichnet werden.

Parteigenossinnen und Genossen! Werbt für starken Besuch der Versammlung!

Neun Stadtverordnetenlisten!

Geplante Erdrosselung der Sozialdemokratie.

Die schon am nächsten Sonntag stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sollen nach der Absicht der Drahtzieher wieder eine sichere bürgerlich-kapitalistisch-hausbesitzerliche Mehrheit in das Stadthaus bringen. Es muß nun mit aller Kraft dafür gesorgt werden, daß dieser Plan der besitzenden Klassen nicht gelingt. Das schaffende Volk ist in der Mehrheit. Es ist sein Lebensinteresse, daß es auch im Stadthause der ausschlaggebende Faktor wird. Sept es das nicht durch, so wird es von der Hausbesitzermehrheit drei Jahre lang von neuem wirtschaftlich und sozial dafür bestraft. Die Herren vertreten dann wieder ausschließlich ihre Klasseninteressen und bringen das schaffende Volk zur Verzweiflung. Das darf nicht sein! Dies linguläd muß verhütet werden! Die Arbeiterklasse darf sich nicht überrumpeln lassen! Am nächsten Sonntag muß sie in Massen antreten, um sich ihre eigene Vertretung zu sichern.

Die Bürgerlichen verfolgen diesmal ein ganz besonders gewagtes Spiel.

Sie haben sieben Listen aufgestellt!

Das ist eine Leistung ganz ungeheuerlicher Art! Warum tat man es? Weil dadurch alle bürgerlichen Wähler jeder Spielart an die Urne gebracht werden sollen. Da die Herrschaften die Listen unter sich verbinden, hoffen sie, mit diesem großen Trotz die Arbeiterwähler erstricken zu können. Für das schaffende Volk ist diese Listen-Sintflut eine Bedrohung. Es kann sie nur wettmachen, wenn die schaffenden Massen auch ihrerseits den letzten Mann, die letzte Frau an die Urne bringen können. Das sei jedem einzelnen ins Gewissen geschrieben!

Im ganzen sind dem Wahlvorstand neun Listen eingereicht worden. Zuerst die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Liste Hennig, die 66 Kandidaten umfaßt. Dann folgt die Liste der Regierungssozialisten (Kleeis) mit 80 Namen. Und nun kommen die sieben Listen des Bürgertums. Sie sind: Deutsch-demokratische Partei (Liste Ritter), Freie bürgerliche Vereinigung (Weschke), Deutsch-nationale Volkspartei (Steinbrück), Deutsche Volkspartei (Klinger), Christlich-soziale Partei (Splett), Angestellten-Sonderbündler (Heine) und eine Liste Bartels, die für eine Sonderaktion Kriegsbeschädigter zusammengeholt ist. Auf siebenfache Art kann also das Bürgertum in der Stadtstube selig werden. In den nächsten Tagen werden wir die einzelnen Listen und ihre treibenden Kräfte noch besonders werten. Allen gemeinsam ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Siebenfach soll das schaffende Volk geschlagen werden!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Merkt euch das! Ihr sollt wieder ins alte Joch! Die Satten wollen wieder ungestört in der Gemeindestube regieren! Sie wollen die Stadt auch weiter als ihr politisch-wirtschaftliches Geschäft betrachten, das sie durch keinerlei Sozialisierung oder Kommunalisierung beeinträchtigen lassen.

Die sieben Stöße, die am Sonntag dem schaffenden Volke versetzt werden sollen, muß die Arbeiterklasse mit einem gewaltigen Machtschlage abwehren!

Einig und geschlossen muß das gesamte schaffende Volk von Halle arbeiten, werben und stimmen für die Liste der konsequenten Sozialdemokratie,

die Liste Hennig!

Sichert euch das Wahlrecht!

Bei der am 2. März erfolgten Stadtverordnetenwahl gingen zahlreiche Wähler ihres Wahlrechts dadurch verlustig, daß sie nicht in den für die Wahl eigens angefertigten Wählerlisten verzeichnet waren. Diejenigen Wähler, die in der zur Preußenwahl benutzten Liste standen, sind ohne weiteres wahlberechtigt. Nur müssen sie sich von dem Wahlausschuß (Bureau 8) eine Bescheinigung holen, daß sie in der Preußenliste stehen. Da diese Tatsache nicht genügend bekannt geworden ist, machen wir schon heute darauf aufmerksam und fordern diejenigen Wähler, deren Namen in der Liste wieder fehlen sollten, auf, sich die geforderte Bescheinigung zu beschaffen. Es kommt auf jede Stimme an.

---

*Zur Maifeier in Halle. Freitag, den 25. April, abends pünktlich 7½ Uhr, findet im Volkspark eine Sitzung der Ortsverwaltungen der Gewerkschaften statt. Da in derselben die Festzeung und Arrangierung für die diesjährige Demonstration zum 1. Mai getroffen werden soll, so sind alle Ortsverwaltungsmitglieder verpflichtet, sich zu dieser Sitzung einzufinden.

Das Maifeierkomitee für Halle der U. S. P.

* **Holzarbeiter!** Am Donnerstag, den 24. April, abends 6 Uhr, findet im Volkspark eine allgemeine Holzarbeiter-Versammlung statt, in der über das bisherige Verhandlungsresultat mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und den Verlauf der Städtekonferenz Bericht gegeben werden soll. Da wichtige Beschlüsse über den Abschluß eines neuen Vertrages gefaßt werden müssen, ist das vollzählige Erscheinen aller Holzarbeiter und -arbeiterinnen dringend erforderlich.

* **Transportarbeiter.** Zu der heute, Dienstag, im Volkspark stattfindenden Mitgliederversammlung werden alle Mitglieder, vor allem die in Kohlen-, Holz- und Grienhandlungen und die im Handelsgewerbe beschäftigten, nochmals eingeladen. (S. Inserat.)

* **Einen Festakt anläßlich der Maifeier veranstaltet die Sozialistische Studentengruppe Halle am Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 11½ Uhr, in den Thaliasälen.** Sie tritt damit zum ersten Male in die breite Oeffentlichkeit, um in Verbindung mit den sozialistischen Handarbeitern den Tag festlich zu begehen. Da das Stadttheater-Orchester mit dem Tiergarten-Herrn Karl Röhren, sowie der Arbeiter-Sänger-Chor ihre Mitwirkung zugesagt haben, handelt es sich um einen künstlerischen Genuß, den keiner versäumen sollte, zumal der Eintrittspreis nur 40 Pf. beträgt. Die Eintrittskarten sind von 24. d. M. an im Parteibureau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 24, und in der Volksbuchhandlung zu haben. Wir können unseren Genossen dem Besuch der Veranstaltung nur angelegentlichst empfehlen.

* **Die „Auflösung" der Stadtverordnetenversammlung hat die preußische Regierung beschlossen — und zwar bereits am 2. April.** Aber diesen Auflösungsbeschluß hat die Regierung der Herren Hirsch-Heine erst am 18. April dem Magistrat mitgeteilt. Man sieht, daß die „sozialistische" Regierung genau so herrscht, wie die alte wilhelminische. Sie löst einfach auf, läßt aber die „untergeordneten" Organe wochenlang ohne Nachricht. So regieren die Regierungssozialisten!

* **Gemeine Tücke, der beim Einrücken der Roßegarden ohne Verhaftsbefehl von einem anscheinend größenwahnsinnigen Offizier festgenommen, in der Oberrealschule in entsetzlicher, unmenschlicher Weise zerschlagen und dann am Kirchtor eingesperrt worden ist, ist am Sonnabend nach siebenwöchiger, gemeinster Freiheitsberaubung endlich aus der „Schutzhaft" entlassen worden.** Sobald uns die beschränkten Raumverhältnisse dies gestatten, werden wir der Oeffentlichkeit an neuen Schreckensbeispielen wieder zeigen, in welch brutaler Weise die verlierte Soldateska hier in Halle gewütet hat.

* **Rückkehr aus Rußland. 92 deutsche Krieger, die im Orient und im Schwarz-Meer-Gebiet sowie im Kaukasus gekämpft haben, kamen von Nikolajew am Karfreitag auf dem hiesigen Bahnhofe an.** Sie verwahrten sich energisch gegen die Annahme, daß sie in Nikolajew interniert gewesen seien, und rühmten im Gegenteil das gute Einvernehmen, in dem sie mit der Bevölkerung von Nikolajew gelebt hätten. Auch die Verpflegungsverhältnisse wären gut gewesen, dagegen hätten sie sehr unter der sechs Monate langen Nachrichtenlosigkeit gelitten. Die Bolschewistengreueltaten, wie sie tagtäglich in der Saale-Zeitung, Hallischen Zeitung und der von Unternehmertum ausgehaltenen Volkstimme zu lesen sind, werden hier von Kundigen ins rechte Licht gerückt. Die Verpflegungsverhältnisse sind gut. Dem gräuelnistenden deutschen Spießer erzählt man, im bolschewistischen Rußland sterben die Leute vor Hunger auf der Straße. Und damit der Schwindel jetzt nicht offenbar werde, hütet sich die kapitalistische Presse, mitzuteilen, daß Nikolajew im — bolschewistischen Rußland liegt.

* **Polizeistunde 11½ Uhr.** Der Regierungspräsident hat im Einvernehmen mit dem Bezirksarbeiterrat die Polizeistunde für den Stadtkreis Halle bis 30. September auf 11½ Uhr abends festgesetzt. Musikaufführungen, Theater, Konzerte und sonstige Unterhaltungen usw. in Kaffeehäusern, Gasthäusern, Konzertlokalen, Theatern usw. dürfen öffentlich nicht über 11 Uhr hinaus stattfinden.

* **Das Auge des Gesetzes wacht . . . .** Dies mußten am Karfreitag Proletarierkinder erfahren. Sie zogen hinaus in die freie Natur und tummelten sich am Amselgrund nach Herzenslust aus. Plötzlich erschien ein Hüter des Gesetzes in Gestalt eines finster dreinschauenden, mit dem Revolver umgürteten Polizisten. Mit strenger Amtsmiene forderte er das sofortige Einstellen dieser „Schaustellungen" und Verlassen des Platzes, andernfalls würde er zu Verhaftungen schreiten. Schleunigst mußten die fröhlichen Jungen den Platz verlassen, denn sie hatten kein Verlangen, die Osterferientage in einer Polizeiwachstube zu sitzen. — Wie einst . . . .

* **Verfaulte Kartoffeln für — Menschen.** Von einer armen Kriegerfrau geht uns folgende Klage zu: Da ich für die Feiertage keine Kartoffeln im Hause hatte und nicht hamstern gehen kann, weil mein Mann sich noch in französischer Gefangenschaft befindet und es mir am notwendigen Geilde fehlt, schickte ich meine Kinder nach der Talamtschule, um „mafenfiere Kartoffeln", die man mit einer Mark den Viertelzentner dort verkauft, zu holen. Meine Kinder waren glücklich, einen Viertelzentner „Kartoffeln" erwischt zu haben — natürlich, nicht ohne vorher zwei Stunden gestanden zu haben. Ich machte mich sogleich ans Auslesen. Da habe ich von dem Viertelzentner sage und schreibe 4 Pfund glücklich herausgebracht; aber das schenßlichste dabei ist, daß es mir samt meinen Kindern nicht gemmal möglich war, diese 4 Pfund Kartoffen zu genießen. Sie verursachten einen so ekelerregenden Geistank schon beim Kochen, daß wir vorher schon satt waren. Nun frage ich: Ist dies kein Wucher, wenn die Stadt für einen Viertelzentner verfaulte Kartoffeln, die meiner Ansicht nach nicht einmal für die Schweine zu gebrauchen sind, eine Mark nimmt? Und von wem? Von den Aermsten der Armen! — Wir meinen, daß die Stadt es unterlassen sollte, verfaulte Kartoffeln zum menschlichen Genuß zu verkaufen.

* **Uebernahme des Stadttheaters in städtische Regie.** Die Stadtverordneten in Magdeburg beschlossen, das Stadttheater in städtische Regie zu übernehmen. Die Schauspieler werden in Angestelltenverhältnissen übernommen werden. Entgegen den anfänglichen Bedenken des Magistrats wird die Spielzeit um 1½ Monate in den Sommer hinein verlängert werden. Für diese Zeit sollen Sonderabonnements eingerichtet werden. Es soll in der Spielzeit besonders das Schauspiel, in zweiter Linie die Oper gepflegt werden. Außerdem sollen Konzerte veranstaltet und volkstümliche billige Vorstellungen gegeben werden.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, wird Das Glöckchen des Eremiten gegeben. Mittwoch: Nora. Donnerstag: Iffeblil. Für Freitag ist die Uraufführung der Tragödie Semiramis von Stefan Markus angesetzt. Am Sonnabend findet das 6. Sinfonie-Konzert statt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung: Gewitter. Am Sonntagabend gelangt unter persönlicher Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner das Musikdrama Der arme Heinrich zur Aufführung.

* **Elternabende.** Die Osterferien sollen Kindern, Eltern und Lehrern zur Erholung dienen. Manchen Eltern bedeuten sie leider das Gegenteil. Wenn ihre Kinder den ganzen Tag daheim sind, so fragen sie sich: „Was fange ich nur mit ihnen an?" Das ist zu verstehen, denn bisher hielt lange Arbeitszeit die Eltern, namentlich die Väter, von den Kindern fern. Sie sind es gar nicht gewohnt, sich mit Kindern zu beschäftigen. So kommt es, daß heute, wo auch der Arbeiter etwas mehr Zeit zum Umgange mit seinen Kindern hat, ihm das Geschick dazu fehlt. Hier muß Wandel geschaffen werden! Alle Eltern müssen Gelegenheit haben, Kinderseelenkunde zu treiben! Dabei will der Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft durch Veranstaltung von Elternabenden behilflich sein. Der erste derartige Abend soll am 25. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Reformgymnasiums, Friesenschule, stattfinden.

* **Aufsehen von Belohnungen für Wohnungsvermittlungen verboten!** Der Magistrat macht in einer im Inseratenteil abgedruckten Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß die Veröffentlichung von Chiffre-Anzeigen sowie Anzeigen, in denen die Zahlung von Belohnungen für Vermittlung von Wohnungen in Aussicht gestellt wird, verboten ist. Das Aufsehen von Belohnungen für Wohnungsvermittlungen ist als Kreiswucher anzusehen und nach den gegen preistreiberische Machenschaften gegebenen Bestimmungen strafbar.

* **Die Mörder Legner festgenommen. Die Täter, die den Kaufmann Legner beraubten und erstochen haben, sind sämtlich ermittelt und festgenommen.**

* **Geheimschlachtungen.** Am 19. April wurde in der Merseburger Straße ein Geschirr aus Radewell angehalten und bei der Durchsuchung desselben 3 Zentner Pferdefleisch vorgefunden. An demselben Tage wurden in der Mansfelder Straße unter dem Wagensitz eines auswärtigen Geschirrs drei frisch geschlachtete Hammel vorgefunden. In beiden Fällen erfolgte Beschlagnahme.

* **Raubüberfälle in der Heide.** Am 3. und 16. April fand in der Dölauer Heide je ein Raubüberfall auf einzelne Frauen statt. Der Täter kam auf einem Fahrrade von Dölau den Beraubten entgegengefahren, sprang ab, hielt ihnen einen Revolver vor, entriß ihnen die Handtäschchen mit Inhalt und flüchtete auf dem Rade in der Richtung nach Dölau. Der Räuber wird folgendermaßen beschrieben: 20 bis 22 Jahre alt, mittelgroß, blondes Haar und Schnurrbart, gesunde, etwas bräunliche Gesichtsfarbe und ernstes Gesicht. Er trug feldgraue Uniform und Schirmmütze. Wer Angaben zur Sache machen kann, wolle es der Kriminalpolizei oder dem Gendarmeriewachtmeister in Dölau mitteilen.

Der Arbeiter- und Bauernrat des Saalkreises

befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Neuwahl des Vollzugsausschusses und der Kommissionen. Den Vollzugsausschuß vertreten mit gleichen Rechten die Genossen Albrecht-Könnern und Driebusch-Schönewitz. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Waffenscheine sind vom A- und B-Rat nur dann gegenzuzeichnen, wenn die Notwendigkeit zur Anschaffung einer Waffe von den örtlichen Arbeiterräten bescheinigt ist. Hierzu lag Anlaß vor, weil die Anforderungen nach Waffenscheinen aus dem Saalkreis in außerordentlich großer Anzahl beim Landratsamt beantragt werden. Dem Reichsernährungsamte wird folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, zugestellt:

„Der Arbeiter- und Bauernrat des Saalkreises protestiert hiermit im Namen der wirtschaftlich schwachen Haushalte und der Nichtselbstversorger ganz entschieden gegen die Aufhebung der Eier-Zwangswirtschaft. Er bezeichnet dieselbe als verfrüht und erblickt darin eine der Ursachen der bestehenden starken Erbitterung der Kreise, die nicht in der Lage sind, Wucherpreise — 1 Mk. oder 1,50 Mk. für ein Ei — im Schleichhandel zu bezahlen, denn im freien Handel gibt es Eier zu annehmbaren Preisen nicht. Diese Maßnahme der Aufhebung der Eier-Zwangswirtschaft leistet dem erbärmlichen Wucher und Schleichhandel, welcher mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden muß, Vorschub. Der Arbeiter- und Bauernrat des Saalkreises fordert energisch, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, daß den Verbrauchern Eier zu annehmbaren Preisen wieder zugeführt werden."

Es wurde noch bekanntgegeben, daß sich in den Kreisen der Landwirte eine starke Auflehnung gegen das Weiterbestehen der Zwangswirtschaft für Milch und deren Erzeugnisse mehr und mehr bemerkbar macht, trotz der in letzter Zeit bewilligten Erhöhung der Milch-, Butter- und Käsepreise.

Gemeindewahlen im Saalkreis.

Wir haben seinerzeit berichtet, daß der Landrat des Saalkreises die von der preußischen Regierung erlassene Wahlverordnung so auslegte, wie er sie auffaßte. Er veranlaßte die Gemeinden, in denen bisher eine Gemeindevertretung nicht bestand, die Wahl einer solchen zu unterlassen, wenn die Zahl der Wahlberechtigten 40 nicht überstieg. Es ist von uns sofort mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß das Vorhandensein von mehr als 40 Wahlberechtigten entsprechend den neuen Wahlbestimmungen die Wahl einer Vertretung notwendig mache. Das hat der Landrat jetzt einsehen müssen, denn er erläßt jetzt an die in Frage kommenden Gemeindevorsteher ein Rundschreiben, in dem er sagt: Laut Entscheidung des Ministers des Innern vom 18. März sind Gemeindevertretungen dann einzurichten, wenn die Zahl der auf Grund des neuen Wahlrechts Wahlberechtigten (d. h. männliche und weibliche) die in der Landgemeindeordnung für die Bildung von Vertretungen vorgesehene Höhe (d. h. 40) erreicht hat. Demgemäß müssen in folgenden Orten des Saalkreises alsbald die Wahlen von Gemeindevertretungen erfolgen: Beiderlee, Bennewitz, Burg i. A., Capellendorf, Custrena, Deutleben, Dornitz, Fröhnitz, Gariena, Harsdorf, Hohen, Kirchdalau, Krosigk, Lettewitz, Löbnitz a. G., Merbitz, Mitteleblau, Nöberau, Nutzena, Obermalschwitz, Planena, Pranitz, Priester, Pritschöna, Raunitz, Siebitz, Stößitz, Trebitz a. U., Untermalschwitz, Wieskewitz, Wurp.

Die Wahlen sollen überall am Sonntag, den 27. April, vorgenommen werden. Die Dauer der Wahlzeit kann durch einen ordnungsmäßig herbeigeführten Beschluß der Gemeindeversammlung verkürzt werden. Wir erwarten, daß die Landarbeiter und Kleinbauern der in Frage kommenden Orte ihre Ehre darin finden werden, ebenso schöne Erfolge zu erzielen, wie das bei den bisherigen Wahlen der Fall war.

Ammendorf. Die Maifeierkommission hält Donnerstag, 24. April, abends ½8 Uhr, im Bahnhofsrestaurant eine Sitzung ab. Die Funktionäre der Gewerkschaften und Sportvereine müssen in dieser Sitzung mit anwesend sein.

Radewell. Ist das Kommunalsozialismus? In der letzten Gemeindevertretersitzung lag der Antrag unserer Genossen auf Eingemeindung mit Ammendorf vor. Die Bürgerlichen waren schon vorher dagegen Sturm gelaufen und hatten eine öffentliche Gemeindeversammlung einberufen. Dort prahlten sie von dem angeblich vorhandenen Wohlstand in unserer Gemeinde und erzählten den Einwohnern, Ammendorf habe viel Schulden, die wir dann mit bezahlen müßten. Genosse Wolf legte in kurzen Zügen dar, wie notwendig es ist, unser einheitliches Wirtschaftsgebiet zu einer großen Gemeinde zusammenzuschließen. Er wies besonders auf die Schulverhältnisse, ferner die Notwendigkeit eines Krankenhauses, Siechenhauses, die Errichtung von Volksbädern hin. Alles dieses ist nur dann möglich, wenn wir uns zu einer großen Gemeinde zusammenschließen. Aber alle schönen Worte halfen nichts, denn der Sozialismus war an diesem Tage kleinlichen, egoistischen Sonderinteressen gewichen. Hoffen wir, daß darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Da nun die Mehrheit der Versammlung den Zusammenschluß ablehnte, mußten unsere Genossen ihren Antrag zurückziehen. Daß ein solch kurzsichtiger, an spießbürgerliche Stegmüllerei grenzendes Beschluß von Gemeindemitgliedern gefaßt werden konnte, die sonst immer stolz darauf sind, in einer Hochburg des konsequenten Sozialismus zu wohnen, ist kaum zu glauben. Anstatt sich zu einem großen, leistungsfähigen Gemeinwesen zusammenzuschließen, treibt man nach gut bürgerlichem Muster engherzige Kirchturmspolitik, ohne sich zu überlegen, daß man damit nur die Geschäfte der reaktionären Elemente besorgt. Genossen! Ist das sozialer Gemeinsinn?

Löbejün. Warum Wohnungsnot herrscht. Da auch in unserem Städtchen arge Wohnungsnot herrschte, ich sich der Magistrat genommen, auf energische Abhilfe zu sinnen. Es lag die Vermutung nahe, daß manche Hausbesitzer mit Absicht überflüssige Wohnungen und Räume nicht vermieten. Einzelne sagen sich wohl, daß jetzt eine Wohnung als stilles Hamsterlager besser verwertet werden kann, andere mögen aus purer Halsstarrigkeit von der Vermietung abziehen, denn es gibt gerade in den Kreisen Leute, die gar zu gern sich gegen Gesetze stemmen, die ihnen nicht passen. Manche mögen auch die hohen Reparaturkosten scheuen. Die Polizei hat nun dieser Tage amtlich festgestellt, daß in unserer Stadt noch 45 Wohnungen leerstehen. Der Magistrat mag nun rücksichtslos zugreifen und die störrigen Hauspaschas zwingen, die Wohnungen abzugeben. Man sieht, wie Hausbesitzer die Herren handeln. Um so weniger ist Rücksicht mit ihnen zu nehmen. Man sollte nicht nur die Wohnungen zwangsweise beisetzen, sondern auch die Höhe der Mieten vorschreiben, denn sonst treiben die Herren auch den schlimmsten Wucher.

Beesenlaublingen. Die Maifeier wurde in der letzten Mitgliederversammlung folgendermaßen beschlossen: Nachmittags 2 Uhr: Sammelplatz in Beesedau im Richterschen Gasthof. Von da aus Auzug über Beesenlaublingen nach Nutzena zum Jahrhof. Anschließend Versammlung, dann Kinderbelustigung. Abends: Belustigung.

Briefkasten der Redaktion.

Gielsdorf 140. Wenn Ihr Mann gefallen ist und es stirbt hinterher ein Vater, so treten Ihre Kinder als Erben an die Stelle Ihres Mannes. Die Kinder bekommen zusammen soviel wie eines der Geschwister Ihres Mannes.

L. R. Ein am 12. Dezember 1918 begangenes Vergehen fällt nicht unter die Amnestie vom 3. Dezember 1918.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und den Rest der Provinz: Gustav Kuhnert; für Anzeigen: Arno Hendel, Halle. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Sachsenverlag Kommanditgesellschaft G. m. b. H. Gottfried in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190422-18/fragment/page=0005

Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Halle.

Morgen, Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr, im Volkspark:

Generalversammlung.

Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern bekannt.

Da über **Lohnverhandlungen** mitberichtet werden soll, sind die Mitglieder aus den **Kohlen-, Holz- und Eisenhandlungen,** sowie die in den **Hafenbetrieben** und die im **Handelsgewerbe,** besonders zu dieser Versammlung eingeladen. 530

Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband, Halle (S.)

Donnerstag, den 24. April, abends 6 Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27:

Allgemeine Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Arbeiter-Schutzverband und der Städtekonferenz in Berlin.
2. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

544 **Die Ortsverwaltung.**

Buchdrucker (U. S. P.) 549

Mittwoch, 23. April, abs. 1/2 8 Uhr: Zusammenkunft.

Arbeiter-Radfahrer.

Bezirk 3. Bezirk 12.

Sonntag, 27. April, vorm. 10 Uhr, in Halle im Volkspark:

Bezirksversammlung.

Alle Mitgliedschaften müssen vertreten sein. 538

Karl Meitzner, Bezirksleiter.

Eisleben.

Kreis-Gewerkschafts-Kartell.

Alle dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften werden dringend ersucht, die Adressen der Kassierer, dem Kartellkassierer

H. Gessner, Lindenstraße 18a, 1 Tr.,

schriftlich einzureichen. *317

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Merseburg.

Uebersicht über den Verkauf der Magere- und Buttermilch für die Stadt Merseburg
vom 21. April bis 3. Mai 1919:

Montag, 21. April: Kötteritzsch, Kretzschmar; Dienstag, 22. April: Fischer, Albert, Trommer; Mittwoch, 23. April: Frahnert, Kunecke; Donnerstag, 24. April: Konsum L., Teichmann, Schulz; Freitag, 25. April: Vogel, Räther; Sonnabend, 26. April: Schanze, Konsum G.; Montag, 28. April: Albert, Kretzschmar, Fischer; Dienstag, 29. April: Kötteritzsch, Trommer, Frahnert; Mittwoch, 30. April: Kunecke, Konsum L., Teichmann; Freitag, 2. Mai: Schulz, Vogel, Räther; Sonnabend, 3. Mai: Schanze, Konsum G.

Merseburg, den 19. April 1919.

Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 200 Gramm Haferflocken zum Preise von 29 Pfg. auf Bezugschein Nr. 60, 1 Pfund Sauerkohl zum Preise von 25 Pfg. auf Bezugschein Nr. 61, 1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pfg. auf Bezugschein Nr. 62, 1/2 Pfund Zichorie zum Preise von 58 Pfg. auf Bezugschein Nr. 63.

Abgabe der Bezugscheine Nr. 60 bis einschl. 63 am Mittwoch, den 23. und Donnerstag, den 24. April. Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 25. April, bis mittags 12 Uhr. Verkauf der Ware von Donnerstag, den 1. Mai bis einschl. Sonnabend, den 3. Mai, gegen Abgabe der Quittungsabschnitte. Den Verkaufsstellen ist verboten, die zugeteilten Waren schon vor Donnerstag jeder Woche zum Verkauf zu bringen.

Merseburg, den 18. April 1919.

L. A. II. 1045/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ausgabe von Margarine

am Sonnabend, den 26. April 1919. Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 60 Gr. Margarine zum Preise von 27 Pfg., und auf jede Zulagfettmarke (mit dem Aufdruck K und G) 50 Gr. Butter zum Preise von 40 Pfg.

Merseburg, den 19. April 1919.

L. A. II. 1068/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Zur Stadtverordnetenwahl!

549

Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstrasse 27:

Große öffentliche Wählerversammlung.

Genosse Stadtverordneter Leid, Berlin u. Genosse Hildebrandt, sprechen über:

Der letzte Ansturm der Hausagrarier gegen den Volkswillen!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitbürger! Die Hausagrarier haben die gewählte Stadtverordnetenversammlung durch ihren Protest zur Auflösung gebracht. Nun erstreben sie wiederum die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, um weiter die schaffende Bevölkerung im alten Wohnungselend zu erhalten.

Darum, auf zum Protest! Werbt bis zum Wahltag Stimmen für die U. S. P. D., für die Liste

Hennig.

Der Vorstand. J. A.: Adolf Albrecht.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausländisches Weizenmehl.

Die in unserer Anordnung vom 16. d. Mts. vorgesehene Ausgabe der besonderen Marken für Auslandsmehl findet vom 22. d. Mts. ab in den städtischen Markenausgabestellen gelegentlich der Aushändigung der Brotmarken statt. Für jeden Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung wird zunächst ein Kartenblatt, enthaltend 12 mit der Zahlenreihe 1 bis 12 versehene Marken ausgegeben. Die Nummer der jeweilig gültigen Marke wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Nummer 1 der Markenreihe hat Gültigkeit in der Zeit vom 22. bis 30. April 1919.

Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben auf die Nummer 1 der Marken 250 g ausländisches Weizenmehl zum Preise von 1.09 Mk. abzugeben. Die eingenommenen Marken haben sie bis zum 3. Mai 1919 an die Brotmarkenannahmestelle, Dreihauptstraße 4, in einem verschlossenen Umschlage unter Angabe der Zahl und ihres Namens abzugeben.

Anstalten usw., die keine Brotmarken beziehen, erhalten das Auslandsmehl auf Grund von Bezugsscheinen, die im Zimmer Nr. 56, Dreihauptstr. 4, ausgestellt werden.

Da die Anfuhr des Auslandsmehles in die Kleinhandelsgeschäfte nicht auf einmal bewerkstelligt werden kann, empfiehlt es sich, den erstmaligen Einkauf nicht gleich in den ersten Tagen der Gültigkeitsdauer vorzunehmen.

Halle, den 17. April 1919. **Der Magistrat.**

Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.

Für die **Aufnahme** — soweit solche nicht schon am 31. März oder im Bureau (Kl. Steinstraße 1) bewirkt ist — ist nochmals ein Termin festgesetzt, und zwar **Mittwoch, den 23. April, nachmittags von 3—7 Uhr,** im östlichen Flügel des Turnhallenbaues des Stadtgymnasiums (Eingang Luisenstraße).

Schulpflichtig sind **alle in Gewerbebetrieben des Bezirks** der Stadtgemeinde Halle beschäftigten männlichen, sowie die in Betrieben der Schneider, Putzmacher, Friseure und Perückenmacher beschäftigten weiblichen Personen. Die Fortbildungsschulpflicht beginnt sechs Tage nach dem Eintritt in einen gewerblichen Betrieb und endet mit dem Schlusse desjenigen Schuljahres, in welchem der Schüler sein 17. Lebensjahr vollendet.

Landwirtschaftliche Arbeiter, Hausknechte, Laufburschen und ähnliche zu untergeordneten Dienstleistungen bestimmte Arbeiter, sowie die zum Besuche der kaufmännischen Fortbildungsschule Verpflichteten, fallen nicht unter die Vorschriften des Ortsstatuts für die gewerbl. Fortbildungsschule.

Zur Aufnahme hat jeder Schüler das Schulentlassungszeugnis, sowie Federhalter und Feder mitzubringen. Der Stundenplan wird jedem Schüler bei der Aufnahme eingehändigt. Für evtl. verspätete Anmeldungen oder Unterlassung derselben wird auf die Folgen nach § 12 des Ortsstatuts verwiesen.

Halle, den 15. April 1919. **Der Magistrat.**

Meldepflicht der Ausländer.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks folgendes:

§ 1. Jeder über 15 Jahre alte, zurzeit innerhalb des Regierungsbezirks aufhältige Ausländer oder Staatenlose hat sich binnen 5 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Anordnung bei der für ihn zuständigen Ortspolizeibehörde unter Vorlegung seines Passes oder des als Paßersatz dienenden amtlichen Ausweises persönlich zu melden.

§ 2. In gleicher Weise hat sich jeder über 15 Jahre alte Ausländer oder Staatenlose zu melden, der von jetzt ab in den Bezirk zu dauernbem oder vorübergehendem Aufenthalt zuzieht. In diesem Falle ist die Meldung binnen 24 Stunden nach der Ankunft zu bewirken.

§ 3. Die Meldung ist von dem sie entgegennehmenden Beamten in dem Paß oder Paßersatz unter Angabe des Tages der Meldung zu vermerken.

§ 4. Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat innerhalb des Regierungsbezirks seinen Paß oder Paßersatz jederzeit bei sich zu führen und auf Anfordern den zuständigen Sicherheitsorganen vorzuzeigen.

§ 5. Ausländer, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden zur Feststellung ihrer Persönlichkeit und Prüfung ihrer Papiere festgenommen.

Merseburg, den 23. Februar.

Der Regierungs-Präsident. von Gersdorff.

Zusatz: Die in § 1 vorgeschriebene Meldung hat bis zum 24. April bei der Polizeiverwaltung, Dreihauptstr. 4, Zimmer 67, zu erfolgen. Ebendort ist auch die in § 2 vorgeschriebene Meldung zu erstatten.

Halle, den 19. April 1918. **Die Polizeiverwaltung.**

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

276

Bekanntmachung.

Unsere Bekanntmachung vom 3. d. Mts., betreffend die Vornahme der Kreistagswahlen, wird hierdurch wie folgt abgeändert:

I. An Stelle der Herren Oekonomierat Hubbe-Kaltenmark, Oekonomierat Weiche-Nannitz, Amtsvorsteher Dottke-Zscherben, Rittergutsbesitzer von Zakrzewski-Oppin, Rittergutsbesitzer von Bülow-Dieskau, welche selbst zur Wahl als Kreistagsabgeordnete vorgeschlagen sind, werden folgende Herren zu Wahlkommissaren ernannt:

1. für den Bezirk VII der Gutsbesitzer Sickert-Trebitz a. P.,
2. „ „ „ VIII der Landwirt Roberts Elite-Gimritz,
3. „ „ „ IX der Rittergutspächter Rudloff-Wörmitz,
4. „ „ „ X der Güterdirektor Havig-Hohenthurm,
5. „ „ „ XII der Rentner F. Walther sen., Kleinkugel.

II. Für den Bezirk XI wird an Stelle des Güterdirektors Havig-Hohenthurm der Gutsbesitzer Zwanzig-Zöberitz ernannt.

III. Zu Wahlvorstehern werden ernannt:

1. für den Stimmbezirk 32 (Gimritz) der Gutsbesitzer Weyland-Gimritz,
2. für den Stimmbezirk 36 (Gutenberg) der Gutsbesitzer Selle-Gutenberg,
3. für den Stimmbezirk 42 (Zscherben-Granau) der Rittergutsbesitzer Lüders-Granau,
4. für den Stimmbezirk 50 (Dammendorf) der Gutsbesitzer Heinemann-Dammendorf,
5. für den Stimmbezirk 58 (Zöberitz) der Gutsbesitzer Schönbrodt-Zöberitz,
6. für den Stimmbezirk 67 (Kleinkugel) der Gutsbesitzer Höschel-Kleinkugel.

IV. Zu stellvertretenden Wahlvorstehern werden ernannt:

1. für den Stimmbezirk 28 (Bradwitz) der Wirtschaftsinspektor Beckmann-Bradwitz,
2. für den Stimmbezirk 30 (Döblitz) der Gutsbesitzer Walther-Döblitz,
3. für den Stimmbezirk 32 (Gimritz) der Gutsbesitzer Hugo Elste-Gimritz,
4. für den Stimmbezirk 50 (Dammendorf) der Lokomotivführer a. D. Große-Dammendorf,
5. für den Stimmbezirk 58 (Bradwitz-Zöberitz) der Gutsbesitzer Brandt-Bradwitz,
6. für den Stimmbezirk 67 (Kleinkugel) der Gutsbesitzer Lautsch-Kleinkugel,
7. für den Stimmbezirk 75 (Schwoitsch) der Gutsbesitzer Mähnert-Schwoitsch.

V. Die Wahl in Zscherben findet im Boltzeschen Gasthofe statt.

Halle, den 19. April 1919.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
von Krosigk.

582

Ausschreibung.

Die Gemeinde Nietleben sucht zum sofortigen Antritt einen rüstigen, zuverlässigen Mann als Gemeindearbeiter. Derselbe hat neben den üblichen Gemeindearbeiten die Friedhofsarbeiten mit zu besorgen. Neben freier Dienstwohnung wird ein Grundgehalt von 1800 Mk. und eine entsprechende monatliche Teuerungszulage gezahlt. Auf Wunsch kann Pachtland abgegeben werden.

Reflektanten haben Angebote unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Alters und ihrer Gehaltsansprüche sofort, spätestens bis zum 25. ds. Mts., dem Unterzeichneten einzureichen.

Nietleben bei Halle, den 18. April 1919.

*316 **Der Gemeindevorsteher: Hammelsbeck.**

Möbel, Federbetten 96

kauft zu hohen Preisen

Frau Hornickel,

Gr. Klausstr. 19. Tel. 4314.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus

C. Klappenbach,

Gr. Ulrichstr. 41.

2. Eingang vom Kaulenberg.

Elektrische Leitungsdrähte,

gummiisoliert, sowie sämtl. **Installations-Material** sucht zu kaufen *164

Otto Nimmig, Bitterfeld.

Vereins-Anzeiger.

Halle (Saale).

Arbeit-Sänger-Chor

Freitag, den 25. April, im Volkspark:

Singestunde.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Frauen- und Mädchenchor.

Mittwoch von 8—10 Uhr im Volkspark **Singestunde.**

Turnverein Fichte

Turnstunden finden in der Oberrealschule, Staudestraße, statt.

Männer-Abteilung: Dienstags und Freitags, abends 8 bis 10 Uhr.

Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs, abds. 8—10 Uhr.

Mittwoch, den 23. April: Versammlung des Sport-Kartells im Riebeck-Bräu.

Sonnabend, den 26. April, abends 7 Uhr, im Volkspark: General-Versammlung.

Aufnahmen werden jederzeit entgegengenommen.

Arb.-Touristen-Verein „Die Naturfreunde."

Dienstags nach dem 1. und 15. jed. Monats im Riebeck-Bräu: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität (Ortsgruppe Halle a. S.). Jeden letzten Freitag im Monat i. Volkspark: Versammlung, abds. 7½ Uhr.

Freitag, den 25. April, in der Waldeburg Kette, Alter Markt 11: Mitglieder-Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität (Ortsgruppe Zimmendorf-Radewell).

Jeden Sonnabend nach dem 15. jed. Monats: Versammlung in der „Eiche", Radewell, abends 7½ Uhr.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle.

Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunden i. Restaurant a. Blauberecke, Augustastraße.

Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

Heute fällt die Uebungsstunde aus.

I. Athletenklub von 1898 in Halle a. d. Saale.

Vereinslokal: Gold. Kette. Freitag abd.: Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1. Versammlung.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umg.

Mittwoch, abends 8 Uhr, im Bahnhofs-Restaurant:

Singestunde.

Der Vorstand.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.

Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 7½ Uhr: Sitzung im Thüringer Hof. Der Vorstand.

Eisleben.

Gesangverein Hoffnung.

Sonntag, vormitt. 10 Uhr, bei Feisel: **Singestunde.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190422-18/fragment/page=0006